

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- **Gewerkschaftsproteste: Das geht besser, aber wie? – S. 5**
- **Bush sucht Weg aus der Irak-Falle: Ausweg Eskalation? – S. 8**
- **Hamburgs Europa Passage: Die gespaltene Stadt hat eine neue Kathedrale – S.12**
- **Streit um Wochenendarbeit bei Daimler mit der Werksleitung und im Betriebsrat – S. 15**
- **Die Fraktion die Linke.Köln und wechselnde Mehrheiten im Kölner Rat – S. 19**

Ausgabe Nr. 22 am 3. November 2006, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de
Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Peter Gingold ist tot

vvn-bda. Peter Gingold, antifaschistischer Widerstandskämpfer, Kommunist aus jüdischem Elternhaus, Internationalist starb am 29. Oktober in Frankfurt/M. im Alter von 90 Jahren.

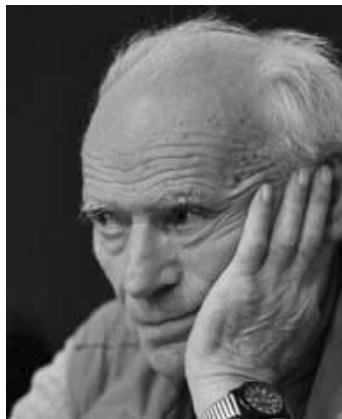
Für Peter Gingold steht ein Motto „Résistance = Widerstand – ein Leben lang!“ Geboren am 8. März im Kriegsjahr 1916 erlebte er in der Weimarer Zeit die Realität der sozialen Not und des Antisemitismus. Politische Überzeugung und Handeln war für ihn eines. So organisierte er sich schon früh in der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung und engagierte sich vor 1933 und nach der Machtübertragung an die NSDAP im antifaschistischen Kampf.

Verhaftet im Juni 1933 wurde er von den Nazis zur Emigration gezwungen. Er ging nach Paris, wo bereits seine Eltern und Geschwister lebten. Dort setzte er seinen antifaschistischen Kampf fort. Er gehörte zu den Gründern der überparteilichen „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) und wurde Mitglied der KPD. Hier lernte er auch Ettie Steinhaller kennen, die er 1940 heiratete. Über sechzig Jahre lebten sie zusammen und haben sich gegenseitig in ihrer politischen Arbeit und Überzeugung gestützt und gestärkt.

Nach dem faschistischen Überfall auf Frankreich arbeiteten beide in der französischen Résistance. 1943 geriet Peter in die Fänge der Gestapo. Ihm gelang jedoch die Flucht. Im August 1944 nahm er am Aufstand zur Befreiung von Paris teil. Den 8. Mai 1945, „das Morgenrot der Menschheit“, erlebte er bei den italienischen Partisanen in Turin.

Zurückgekehrt nach Frankfurt gehörten Peter und Ettie zu den Gründern der hessischen VVN und wirkte politisch in der KPD. Doch während Peter für seine antifaschistische Arbeit in Frankreich und Italien geehrt wurde, erlebte er in Deutschland lange Jahre gesellschaftliche Ausgrenzung. Als Widerstandskämpfer und Kommunist wurden ihm und seiner Frau viele Jahre die deutsche Staatsbürgerschaft verweigert. In Folge des KPD-Verbots musste Peter zeitweilig wieder in die Illegalität gehen. Später musste er erleben, dass man seine Tochter Sylvia wegen ihrer politischen Überzeugung mit Berufsverbot belegte.

All das hat ihn nicht abgehalten, sich für seine Vision von einer sozialen und menschenwürdigen Gesellschaft, frei



von Krieg und Ausbeutung einzusetzen. Dass man dazu einen sehr langen Atem brauche, auch Rückschläge verkraften müsse, vermittelte er in zahllosen Gesprächen und Vorträgen, besonders gegenüber jungen Zuhörern. Und er forderte die jungen Leute auf, selber aktiv zu werden gegen Neofaschismus, Rassismus, soziale Ungerechtigkeit und Ausgrenzung. Dabei ging er mit gutem Beispiel voran bei zahllosen Aktionen gegen

alte und neue Nazis, ob in Mittewald, in Wunsiedel, in Frankfurt oder Berlin.

Peter Gingold war ein viel gefragter Redner, Gesprächspartner und Zeitzeuge, der politisch reflektiert, engagiert und persönlich authentisch historische Zusammenhänge vermitteln konnte. Er wurde eingeladen von Gewerkschaften oder der autonomen Antifa, von Universitäten oder der DKP und natürlich von der VVN-BdA, für die er in den letzten Jahren als Bundessprecher politisch aktiv war. Nicht zu vergessen seine Aktivitäten im Auschwitz-Komitee der BRD, gegen die Profiteure der Kriegsverbrechen – die IG-Farben in Abwicklung oder für den Verband Deutscher in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung 'Freies Deutschland' e.V. (DRAFD).

Hier – und das zeigte eindrucksvoll die Feier zu seinem 90. Geburtstag im Frankfurter DGB-Haus – erlebte er die Anerkennung, die ihm die bundesdeutsche Gesellschaft verweigert hatte.

Ulrich Schneider VVN-BdA e.V.

Die Trauerfeier zu Ehren von Peter Gingold soll im November in Frankfurt/M. stattfinden. Er selbst wird in Paris, im Familiengrab bei seiner Frau Ettie beigesetzt werden.

Bundeswehr: Regierung will Verfassung ändern

Handelsblatt, 26.10. rül. Die Bundesregierung will einen erneuten Anlauf starten, um die Möglichkeiten zum Bundeswehreinsatz im Innern auszuweiten. Noch in diesem Jahr werde eine Verfassungsänderung angestrebt, verkündete Verteidigungsminister Jung bei der Vorlage seines neuen Weißbuchs. Einzelheiten nannte Jung nicht. Bundesinnenminister Schäuble will die weitestgehende Änderung. Er will eine Neufassung des Artikel 87a des Grundgesetzes. Dort soll die Beschränkung „Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich vorsieht“ ergänzen durch den Zusatz „und zur unmittelbaren Abwehr von Angriffen auf die

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

Grundlagen des Gemeinwesens“. Das lehnt sogar die SPD als viel zu unbestimmt ab. Bundesjustizministerin Zypries (SPD) will dagegen eine Ergänzung des Amtshilfe-Artikels 35 im Grundgesetz. Er sieht vor, dass die Regierung bei schweren Unglücksfällen die Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei einsetzen kann. Zypries will dort den Zusatz „auch mit militärischen Mitteln“ einfügen, was in ihren Augen erlauben würde, bei terroristischen Angriffen – etwa mit Flugzeugen oder Schiffen – auch die Bundeswehr einzusetzen. Eine entsprechende gesetzliche Regelung, die u.a. ein Abschuss von entführten Zivilflugzeugen durch die Bundeswehr erlaubt hätte, hatte das Bundesverfassungsgericht vor einiger Zeit mit Verweis auf die bestehende Verfassungslage abgelehnt. Sprecher der Opposition und der Polizeigewerkschaften lehnten auch die Pläne der Justizministerin bereits ab.

Hartz IV: Neue „Spar“-ziele, weniger befristete Jobs

Handelsblatt, 27./28./29.10. rül. Die bundesweit 354 Job-Center, die für die Auszahlung von Hartz IV und die Betreuung und Vermittlung von ALG-II-Bezieher*innen zuständig sind, können die Zahl ihrer befristet Beschäftigten verringern. Das geht aus den vorläufigen Haushaltsplänen der Agentur für Arbeit für 2007 hervor. Derzeit arbeiten bei den Job-Centern bundesweit etwa 53.000 Beschäftigte, 11.000 davon wurden im Januar 2005 auf befristeten Stellen eingestellt, die spätestens im kommenden Jahr ausgelaufen wären. Nun will die Nürnberger Bundesagentur kurzfristig 4.400 dieser befristeten Stellen in unbefristete umwandeln, weitere 750 Umwandlungen sollen in einem zweiten Schritt bald folgen. Damit wäre die Zahl der befristet Beschäftigten bei den Job-Centern auf nur noch 5.500 halbiert. Gewerkschaften und Deutscher Städtetag begrüßten die Umwandlung, die Gewerkschaften, weil sie grundsätzlich befristeten Jobs skeptisch gegenüberstehen, der Städtetag, weil er sich davon eine Verringerung der Personalfuktuation und eine bessere Arbeit der Job-Center erhofft. Im Dezember muss noch die Bundesregierung dem neuen Haushalt der Agentur zustimmen. In Berliner Job-Centern ist zusätzlich zu hören, aus dem Ministerium von Müntefering seien die Job-Center aufgefordert worden, 2007 etwa 6 Milliarden Euro „einzusparen“. Bei Gesamtausgaben von 47,8 Milliarden Euro (Plan 2006) für ALG II, Kosten der Unterkunft, Förderprogramme für ALG-II-Bezieher und Verwaltungskosten der Job-Center wäre das eine Verringerung um ein Achtel. Ohne eine Neuauflage der schon unter Rot-Grün begonnenen sog. „Verfolgungsbetreu-

ung“, d.h. willkürliche Schikanen, überfallartige Anforderungen und Kontrollen und bösartige Verweigerung von Leistungen können die Job-Center eine solche „Vorgabe“ nicht umsetzen. Es bleibt also zu hoffen, dass solche Anforderungen der Bundesregierung in der Praxis der Job-Center am Widerstand der Beschäftigten und der ALG-II-Bezieher scheitern.

Härte und Toleranz: Innenminister Schäuble und der Islam

Die Welt, 15.10. alk. Die Zeitung „Die Welt“ gehört zu jenen Blättern, die den Kulturkampf gegen den Islam eher anheizen. Entsprechend waren die Fragen, die Michel Friedmann für die Zeitung an Innenminister Wolfgang Schäuble richtete. Die Tendenz wird aus der Überschrift deutlich: „Bedeutet Toleranz Selbstmord, Herr Schäuble?“ Der bekennende Protestant Schäuble betonte zwar Härte gegen bestimmte politische Richtungen, die sich auf den Islam berufen. Schäuble beruft sich dabei aber auf Recht und Gesetz und steigt nicht in den Kulturkampf ein. Er warnte vielmehr vor Überheblichkeit und erinnerte daran, dass das christliche Abendland Toleranz erst nach kriegesischen Auseinandersetzungen erlernt hat. Wir dokumentieren Auszüge:

Frage: Wie will eine tolerante westliche Welt gegen eine intolerante islamistische Welt bestehen?

Schäuble: Zunächst einmal, in dem wir alles dafür tun, dass die große Mehrzahl der Muslime, die nicht islamistisch sind, in den Gedanken von Toleranz und Offenheit bestärkt werden und dass sich das im Islam genauso durchsetzt, wie es sich im Judentum und bei den Christen durchgesetzt hat. Ich habe bei der Islam-Konferenz gesagt, unsere Offenheit und Toleranz ist von unserem christlichen Erbe in Europa stark geprägt, aber sie bietet Raum auch für andere. Der Islam muss diese Offenheit und Toleranz seinerseits annehmen.

Frage: Aber dieser Ausruf ist idealistisch, und niemand wird Ihnen widersprechen, bis auf 21 Prozent der in Deutschland lebenden Muslime – die sind nämlich der Auffassung, dass unser Grundgesetz mit ihrem Glauben unvereinbar ist.

Schäuble: Das ist bedauerlich, aber immerhin gehört zu der Aussage auch, dass vier von fünf Muslimen die Ordnung des Grundgesetzes für richtig halten.

Frage: Aber genauso bedauerlich ist, dass bei 21 Prozent ein Gewaltpotenzial vorhanden ist.

Schäuble: Verantwortliche Politik konzentriert sich darauf, dass aus den 21 Prozent nicht die Mehrheit wird, sondern dass aus den 79 Prozent möglichst 100 Prozent werden, das ist genau unsere Politik. Und den 21 Prozent muss

man klar sagen, dass es bei aller Bereitschaft zur Toleranz in diesen Fragen keinen Kompromiss gibt.

Frage: Was heißt das konkret, kein Kompromiss?

Schäuble: Wir müssen ganz klar machen, dass die Gesetze für alle gelten. Wer gegen die Ordnung verstößt, wird die ganze Härte des Gesetzes spüren.

Frage: Haben wir das Problem, dass wir weltweit konfrontiert sind mit einer Religion, die, das sagen auch Muslime, in ihrer Verfasstheit nicht friedlich mit uns zusammenleben will? Ist Toleranz da nicht Selbstmord?

Schäuble: Die Verallgemeinerung ist falsch. Der Islam ist eine so vielfältige Religion.

Frage: Aber im Koran stehen sehr deutliche Textteile drin, die anders als im Christentum nicht in der Aufklärung aufgehoben wurden.

Schäuble: Das ist wahr. Den Prozess der Aufklärung hat es in der Intensität, in der er in der christlichen Welt stattgefunden hat, so in der islamischen Welt nicht gegeben. Wir haben aber nicht den geringsten Grund zur Überheblichkeit. Was haben wir denn in den Jahrhunderten der kriegesischen Auseinandersetzungen, während Reformationen und Aufklärung nicht alles gemacht!

Frage: Stellen Sie sich vor, die Welt müsste dasselbe noch mal erleben?

Schäuble: Wir setzen alles daran, das zu vermeiden. Das geht aber nicht mit einer Haltung der Arroganz. Der größte Fehler wäre, eine Gleichsetzung aller Muslime mit einer Minderheit von Intoleranten und Gewalttätigen.“

Fanherz

31.10.06 *Die Welt*. maf. Der Vorsitzende des DFB, Zwanziger, meint nach den schweren Fan-Krawalle des letzten Wochenendes, die Politik habe keinen Grund mit dem Finger auf den DFB zu zeigen. Zwanziger: „Ich habe den Politikern zugerufen: ‚Benutzt den Fußball als Integrationsmaschine Nummer eins!‘ Aber wo sind die längst geforderten drei Stunden Schulsport? Lasst die Kinder Fußball spielen, dort lernen sie, die Menschenwürde zu achten. Das hilft im Ansatz, viele Probleme zu verhindern. Stattdessen wird in irgendwelchen Konferenzen wieder rumgeknauert. Noch einmal: Wir wollen eine faire Partnerschaft mit der Politik. Wenn aber Randalierer und Rassisten unseren Sport missbrauchen, kann der Fußball von der Politik nicht an den Pranger gestellt werden.“

Zwanziger meint, durch eine Differenzierung zwischen „Fußballfreunden, die wohlwollend sind, aber ihr Fanherz manchmal nicht im Griff haben“ und „Minderheiten, die den Fußball nutzen, um rassistische und gewaltsame Botschaften zu verbreiten“ an das Problem heranzukommen.

„Das geht besser!“ Aber wie?

„Das geht besser. Aber nicht von allein!“ – unter dieser etwas kryptischen Hauptlosung gelang es den Gewerkschaften am 21. Oktober, in fünf Städten insgesamt 220.000 Menschen zum Protest gegen die schwarz-rote Regierungspolitik auf die Straße zu bringen. 80.000 in Berlin, 20.000 in Frankfurt/Main, 45.000 in Stuttgart und etwa 75.000 zusammen in Dortmund und München – so viele Teilnehmer waren selbst in den Gewerkschaften nicht erwartet worden. Viele in den Gewerkschaften wären im Vorfeld mit halb so vielen Teilnehmern zufrieden gewesen. Schließlich ging es nicht um eine „Ein-Punkt-Aktion“, sondern gegen die gesamte Bandbreite der Regierungspolitik bei Themen wie Steuern, soziale Sicherung, Arbeitsmarkt, Löhne und Arbeitsbedingungen. Da ist Mobilisierung immer schwierig.



Transparente wie „Arbeit darf nicht arm machen“, „Von Arbeit muss man leben können“, „Weg mit der Agenda 2010“, „Aktionärsverpflichtung Arbeitsplatzvernichtung?“ oder „Wollt ihr unser letztes Hemd?“, gegen „Merkel-Murks“ und „Gammel-Gesundheitsreform“, „Mit 18 ohne Zukunft, mit 42 ohne Zähne, mit 67 ohne Rente – Stoppt den Sozialraub“ und der „Vorschlag an die Regierung: Schenkt den Unternehmen Steuern, dann können sie uns besser feuern“ machten die Bandbreite des Widerstands gegen die Regierungspolitik deutlich.

Auch die Außenwelt reagierte über- rascht. Die Generalsekretär von CDU und CSU, Pofalla und Söder, pöbelten am nächsten Tag in den Medien, die Gewerkschaften hätten „keine Alternativen“ (Pofalla), sie seien „das eigentliche Standorthindernis für Deutschland“ (Söder) und wollten in Wirklichkeit „ein Bündnis von SPD und Linkspartei“ (Söder). Die FDP, sonst stets bemüht, als erster auf die Gewerkschaften einzuschlagen, äußerte dagegen „Verständnis“ für die Proteste.

Unmut über soziale Spaltung

„Die Gewinne der Unternehmen sind von 2000 bis 2005 von 251 auf 337 Milliarden Euro gestiegen, die Gewinnsteuern von 34,4 auf 24,6 Milliarden Euro gesunken.“ Diese Nachricht stammt nicht aus einer linken Quelle, sondern aus einem Kommentar des wirtschaftsnahen Fernsehsenders „N-TV“ zwei Tage nach den DGB-Demos.

Es ist vor allem der Unmut über die in solchen Zahlen zutage tretende zunehmende soziale Spaltung, den die Teilnehmer der DGB-Demonstrationen auf die Straße trugen. Hier ein weiteres Zitat, diesmal aus einem kürzlich im renommierten Campus-Verlag erschienenen Sachbuch: „Zwischen 1991 und 2002 gingen die durchschnittlichen jährlichen Nettoeallöhne um 2,6 Prozent zurück, obgleich das Bruttoinlandsprodukt in dieser Zeit um 15 Prozent und die Produktivität je Arbeitsstunde um 21 Prozent gewachsen ist. Die Gewinn- und Vermögenseinkommen nahmen netto allein zwischen 1999 und 2002 um 50 Prozent zu. Das derzeitige Gesamtvermögen deutscher Privathaushalte von 5 Billionen Euro gehört laut Zweitem Arbeits- und Reichtumsbericht der Bundesregierung beinahe zur Hälfte dem reichsten Zehntel der Gesellschaft, während nur knapp vier Prozent der Geld- und Sachwerte auf die ärmere Hälfte der Haushalte entfallen.“ (Lassenich, Nullmeier (Hg.), „Deutschland, eine gesplante Gesellschaft“).

Dass in der Politik der schwarz-roten Bundesregierung auch nicht der Hauch eines Versuchs zu erkennen ist, diese als unfair empfundene soziale Spaltung zu korrigieren, hat den Ärger in breiten Teilen der Bevölkerung, nicht nur bei den Gewerkschaften, weiter vertieft.

Der mit dieser fortschreitenden sozialen Zerklüftung einhergehende Ausschluss eines wachsenden Teils der Bevölkerung von der Chance auf sozialen Aufstieg, auf Teilhabe an Bildung, Kultur und Erholung, auf bessere Chancen wenigstens für die Kinder ist inzwischen Tagesgespräch. Die schwarz-rote Regierung aber berät unverdrossen weiter über Steuererhöhungen für Unternehmen, härtere Sanktionen gegen Arbeitslose, Abbau des Krankenversicherungsschutzes für Geringverdiener, führt Studiengebühren ein, mit denen die soziale Selektion an den Hochschulen vertieft wird, und pöbelt das Land Berlin an, weil dort Kindergärten beitragsfrei werden sollen – als ginge sie das Thema soziale Spaltung einfach nichts an. Die Politik von Union und SPD im Bund baut erkennbar für viele diese Spaltung nicht ab.

Keine Entspannung in den Betrieben

Hinzu kommt: Auch der von der Regierung als Erfolg ausgegebene Rückgang der Arbeitslosenzahl deutet nicht auf eine Entspannung oder einen Rückgang der sozialen Spaltung hin.

Die wachsende Beschäftigung, auch im Bereich sozialversicherungspflichtiger Jobs, dürfte zum Teil auf eine steigende Nachfrage nach hochqualifizierter Facharbeit zurück gehen. Dominierend aber dürfte die Ausweitung von befristeter und Leiharbeit sein. Im Bereich der Fertigung, bei un- und angelernten Arbeitern und im Bereich der Facharbeit, breitet sich insbesondere die Leiharbeit immer weiter aus. Immer mehr Unternehmen setzen in der Fertigung 30, 40, sogar 50 Prozent der Beschäftigten als Leihkräfte ein. Leiharbeit aber heißt für die Betroffenen nicht nur ständige Sorge, beim geringsten Rückgang der Fertigung von heute auf morgen den Job zu verlieren, siehe Airbus. Leiharbeit heißt auch: keine Möglichkeit zur Zukunftsplanung, weder kurzfristig (Thema Urlaub), noch mittel- und langfristig, also bei Themen wie Familie, Kinder, Wohnung usw. Und sie bedeutet vor allem: eine Bezahlung von 20, 30, sogar 40 Prozent unter gewerkschaftlichen Tarifen. Im Monat sind das Einkommensverluste – verglichen mit tariflich bezahlter Arbeit – von 500 Euro und mehr.

Beispiel: Jobs gerettet – bei 15 Prozent weniger Lohn und längerer Arbeitszeit

Wie massiv der Druck in den Betrieben weiter ist, macht der Konflikt um den Erhalt der Fertigung im Berliner Bosch-Siemens-Hausgerätekwerk deutlich. Dort ist es der Belegschaft vorletzte Woche gelungen, nach langen Protesten im gesamten Bundesgebiet den Beschluss des BSH-Vorstands zur Schließung der Fertigung in Berlin rückgängig zu machen. Ursprünglich sollte die gesamte Fertigung in Berlin geschlossen werden. 570 der knapp 1.000 Beschäftigten hätten so ihre Jobs verloren. Nur noch Forschung, Entwicklung und Verkauf sollten bleiben. Die sinkenden Preise von Waschmaschinen machten eine Fertigung in Berlin nicht mehr rentabel, lautete die Begründung der Konzernspitze. Nur in Nauen – 20 Kilometer außerhalb Berlins gelegen – und im neu errichteten Werk in Polen wollte BSH weiter Waschmaschinen für den deutschen Markt fertigen. Das Werk in Nauen zahlt keine Tarife, dort gilt die 40 Stunden-Woche und wird 30 Prozent weniger Lohn gezahlt als in Berlin.

Mit wochenlangen Protestaktionen, bundesweit, und Streiks gelang es der Belegschaft und der IG Metall, was vorher kaum für möglich gehalten worden war: der Beschluss zur Beendigung der Fertigung in Berlin wurde rückgängig gemacht. Offenbar wollte die Spitze von Siemens nach den Querelen um die An-

hebung der Vorstandsgehälter und den Protesten und der Kritik rund um die Schließung von BenQ nicht noch mehr Ärger.

Aber der Preis für die Fortführung der Fertigung bei BSH in Berlin ist hoch. Mehr als 200 Beschäftigte verlieren ihren Job, die verbleibende Belegschaft arbeitet jetzt 40 Stunden pro Woche und verliert im Schnitt 15 Prozent des Lohns, vor allem durch Abbau von Zulagen und Einmalzahlungen.

ERA als weiterer Kostenkiller

Gleichzeitig versucht der Siemens-Konzern, die Einführung des neuen Entgeltrahmenabkommens (ERA) in seinen Betrieben zu nutzen, um insbesondere im Bereich der besser bezahlten Facharbeit, aber auch bei kaufmännischen und technischen Angestellten die Vergütungen auf breiter Front nach unten zu buchstabieren.

Das Entgeltrahmenabkommen ERA war ursprünglich von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden ausgehandelt worden, um für Arbeiter und Angestellte eine einheitliche Vergütungsstruktur einzuführen und überholte Trennungen zwischen diesen beiden Beschäftigtenbereichen abzubauen. Die Gewerkschaften haben zwar eine Entgeltsicherung vereinbart, aber wer nach dem neuen ERA niedriger eingruppiert wird als in der Vergangenheit, muss auf

Mehrverdienste infolge künftiger Tarifabschlüsse zum Teil mehrere Jahre lang verzichten. Dieses Jahr hat bundesweit die Einführung von ERA in den Betrieben der Metall- und Elektroindustrie begonnen. Bis Ende 2009 soll das neue Entgeltsystem überall gelten. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass viele Unternehmen die damit verbundene neue Eingruppierung ihrer Beschäftigten nutzen wollen, um deren Entgelt zu drücken. Ähnlich wie Siemens verfahren – bundesweit angefeuert vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall – auch zahlreiche andere Unternehmen der Metall- und Elektrobranche.

Der Druck in den Betrieben wächst also trotz angesprungener Konjunktur und steigender Beschäftigung weiter.

Eine andere Politik – mit wem?

Die Politik der großen Koalition tut nichts, um diesen Druck zu mildern. Die Erklärung des DGB-Vorsitzenden Sommer, die Proteste der Gewerkschaften seien dagegen ein „Warnruf aus der Mitte der Gesellschaft“, stimmt. Aber: Diese „Mitte“ schrumpft, und mit ihr die Gewerkschaften. Nur die Ränder wachsen – oben und unten. Wer in der „Mitte“ lebt und arbeitet, im Bereich der industriellen Facharbeit etwa, in vergleichbarer Stellung in Krankenhäusern, Banken und Versicherungen, in der öffentlichen Verwaltung, hat immer we-

niger Chancen auf Sicherung des Lebensstandards, geschweige denn auf gesellschaftlichen Aufstieg.

Mit wem also im politischen Raum sollen die Gewerkschaften eine andere Politik durchsetzen? Mit der derzeitigen SPD? Mit einer neuen Koalition der SPD mit den Grünen, einer Partei, die immer deutlicher danach strebt, im Lager des Eigentums, bei Union und FDP, anzukommen und koalitionspolitisch ernst genommen zu werden?

Vermutlich ist deshalb der Vorwurf von CSU-Generalsekretär Söder, die Gewerkschaften wollten in Wirklichkeit eine neue Koalition im Bund, eine Koalition von SPD und Linkspartei, nicht ganz falsch, auch wenn der CSU-Mann mit seinem Vorwurf vor allem die Anhänger der SPD zu spalten versucht. Bis zu einer rot-roten Koalition auf Bundesebene ist aber noch ein weiter Weg. Derzeit lehnen nicht nur die Vorstände, sondern auch erhebliche Teile der Wähler beider Parteien eine solche Koalition auf Bundesebene strikt ab. Sogar die einzige rot-rote Landeskoalition in Berlin ist in beiden Parteien umstritten.

Die gewerkschaftlichen Proteste gegen die Regierungspolitik in Berlin werden also weiter gehen – weiter gehen müssen. Bis daraus eine Korrektur der Politik wird, ist noch ein weiter Weg.

riül

Keine Alternativen?

CDU-Generalsekretär Pofalla hat – offensichtlich verärgert über die große Beteiligung an den DGB-Demonstrationen am 21. Oktober – den Gewerkschaften vorgeworfen, sie „hätten keinen Vorschlag gemacht, um die Reformvorhaben der Regierung gerechter zu gestalten“. Der Mann hat offenbar eine Leseschwäche, oder er blendet ihm unangenehme Teile der Wirklichkeit schlicht aus. Hier – nur grob skizziert – einige der Alternativen.

Gesundheitsreform: Die Gewerkschaften streben „eine solidarische Bürgerversicherung, hochwertige und wirtschaftliche Gesundheitsversorgung für alle“ an. Dazu gehört:

- die Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze und die Einbeziehung bisher nicht Versicherter (z.B. Selbständiger) in die Versicherungspflicht. Beides zusammen bedeutet für die Kassen etwa 9,5 Milliarden Euro Mehreinnahmen, (Senkung des Kassenbeitrags um 1%).
- die Einbeziehung hoher Kapitaleinkommen (Einkommen aus Geldvermögen und Grund- bzw. Hausbesitz oberhalb des Sparerfreibetrags) in die Beitragspflicht. Das bringt ca. 7 Milliarden Euro Mehreinnahmen, ermöglicht eine Beitragssenkung um 0,7 Prozent.
- die Steuerfinanzierung gesellschaftlicher Aufgaben (z.B. kostenlose Mit-

versicherung von Kindern und nicht berufstätiger Ehegatten). Das bringt 14 Milliarden Euro Mehreinnahmen. Der Beitrag zur Krankenkasse könnte um 1,4 Prozent sinken.

- Reduzierung der Arzneimittelausgaben durch Einführung einer Positivliste und weitere Maßnahmen. Das spart ca. 4 Milliarden Euro, macht 0,4 Prozent weniger Beitrag.

Allein diese Alternativen würden eine Senkung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung (und damit der Lohnnebenkosten) um 3,5% erlauben.

Kombilohn, Niedriglohn: Die Gewerkschaften fordern einen „ehrlichen zweiten Arbeitsmarkt“ statt der perspektivlosen und falschen Ein-Euro-Jobs, d.h. eine Rückkehr zu mindestens einjährigen ABM-Jobs, verbunden mit Qualifizierungsmaßnahmen, eine Anhebung von Hartz IV auf 420 Euro und einen Abbau des Niedriglohnsektors, z.B. durch weniger Subventionen für Minijobs. Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen soll nach jahrelangem Abbau wieder ausgeweitet werden, z.B. durch die Ausweitung des Entsendegesetzes (bisher nur im Baubereich und bei der Gebäudereinigung gültig) und durch die Möglichkeit, Tarifverträge auch gegen den Willen der Arbeitgeber allgemeinverbindlich zu erklären. Gegen menschenunwürdige Niedriglöhne fordern die Gewerkschaften die Einfüh-

rung eines gesetzlichen Mindestlohns von mindestens 7,50 Euro.

Rentenreform: Die geplante Anhebung des gesetzlichen Rentenalters auf 67 Jahre wird strikt abgelehnt. Stattdessen fordern die Gewerkschaften, durch altersgerechte Arbeitsplätze mehr Menschen überhaupt zu ermöglichen, gesund das geltende Renteneintrittsalter von 65 Jahren zu erreichen. Außerdem soll die Beschäftigungsquote von jungen Menschen durch ausreichend betriebliche Ausbildungsplätze und anschließende reguläre Jobs erhöht werden, Selbständige, Freiberufler und Beamte schrittweise in die Rentenversicherung einbezogen werden und alle Erwerbstätigen (auch Minijobber, Arbeitslose etc.) voll rentenversichert sein.

Wahrnehmungsprobleme? Man kann ja über die Qualität dieser Alternativen oder über ihre Durchsetzbarkeit angesichts der gesellschaftlichen Macht von vermögenden und besser verdienenden Kreisen in dieser Republik streiten. Aber wer das alles als „nichts“ einstuft, ist entweder bösartig oder mit Blindheit geschlagen. Es mag sein, dass die Unionsparteien nur noch wenig gewerkschaftlich aktive Mitglieder in den Betrieben haben und diese wenigen innerhalb der Unionsparteien an den Rand gedrückt sind. Aber das ist vorrangig ein Problem der Union und erst in zweiter Linie ein Problem der Gewerkschaften.

Bundesregierung soll Weißbuch zurückziehen

Bundeswehr soll Interventionsarmee werden – Frieden und Demokratie in höchster Gefahr

Kassel/Hamburg, 25. Oktober 2006 – Anlässlich der Verabschiedung eines neuen Bundeswehrweißbuches durch die Bundesregierung am 25. Oktober 2006 stellen die Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, Lühr Henken (Hamburg) und Peter Strutynski (Kassel) fest:

Mit dem Weißbuch legt die große Koalition ein wegweisendes Dokument ihrer militärischen Orientierung für die nächsten Jahre vor. Wir bemängeln das Fehlen einer umfassenden öffentlichen Debatte. Die Debatte innerhalb der Koalition und in einigen Medien hat sich fast ausschließlich auf den Bundeswehreinsatz im Innern konzentriert und wird der außenpolitischen Tragweite dieses Dokuments in keiner Weise gerecht. Wir plädieren entschieden dafür, das Weißbuch zurückzuziehen, um eine breite und ernsthafte gesellschaftliche Debatte über die geplante intensive und extensive Ausweitung deutscher Militäreinsätze im multilateralen Rahmen zu ermöglichen. Das Weißbuch legt zukünftige Entwicklungen fest, ohne auch nur ansatzweise die durch den Militärinterventionismus verursachten Verbrechen und kostspieligen Misserfolge in Betracht zu ziehen.

Bundeswehr wird zur globalen Kriegsführungsfähigkeit umgerüstet. Zentraler Inhalt des Weißbuchs ist die Umrüstung der Bundeswehr zur weltweiten Kriegsführungsfähigkeit. Die Bundeswehr soll technologisch über die Schaffung einer „Vernetzten Operationsführung“ mit den USA verkoppelt werden (S. 82f). Grundlage hierfür bildet das NATO-System „Alliance Ground Surveillance (AGS)“ (S. 89). Mittels unbemannter Flugkörper und einer Computerisierung der Kriegsführung (à la Irakkrieg) soll der Bundeswehr der Schulterschluss mit der US-Militärtechnologie innerhalb der NATO ermöglicht werden. Ziel ist die Beschleunigung der Entscheidungsfindung, um auf dem Gefechtsfeld den entscheidenden Vorteil zu erlangen. Frei nach dem trügerischen Motto: Die technologische Überlegenheit garantiert den Sieg. Das Desaster dieses Konzepts lässt sich täglich im Irak und in Afghanistan studieren. Krieg ist selbst Terror und erzeugt neuen Terror!

Die militarisierte EU soll über das Berlin-Plus-Abkommen auch auf diese Technologie zugreifen können. Im Vordergrund steht für die große Koalition jedoch eindeutig die NATO. Weg-

weisend für die Globalstrategie der großen Koalition ist das Bestreben, eine „strategische Partnerschaft von NATO und EU“ zu etablieren (S. 40). Der Völkerrechtsbruch des NATO-Krieges gegen Jugoslawien 1999 wird ebenso wenig thematisiert wie die flagrante Verletzung der UN-Charta durch den US-geführten Irakkrieg 2003. Stattdessen wird die Aussage der Europäischen Sicherheitsstrategie hervorgehoben, dass die „erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen“ müsse (S. 35) und Sicherheitsvorsorge am wirksamsten durch „präventives Handeln“ gewährleistet werde, wobei „das gesamte sicherheitspolitische Instrumentarium“ einbezogen werden müsse. In dieser Art von „Prävention“ ist Waffengewalt ausdrücklich eingeschlossen. Folglich setzt sich das Weißbuch dafür ein, das strikte Gewaltverbot der UN-Charta auszuhebeln, indem es einer angeblichen allgemeinen Schutzverantwortung („responsibility to protect“) das Wort redet (S. 46). Wir warnen eindringlich davor, dem Militärinterventionismus die Legitimation dadurch erteilen zu wollen, dass man das in der UN-Charta festgeschriebene Gewaltverbot aushöhlen will. Dies öffnet der Kriegführung – mit welchen echten oder vorgeschobenen Gründen auch immer – Tür und Tor.

Neue Waffen für die Eingreiftruppen

Die Bundeswehr soll bis 2010 mit so genannten Eingreif-, Stabilisierungs- und Unterstützungskräften, denen jeweils Einheiten aus Heer, Luftwaffe und Marine angehören, eine komplett neue Struktur bekommen. Die 35.000 Soldaten der „Eingreifkräfte“ unterliegen der „Vernetzten Operationsführung“ und werden den Schnellen Eingreiftruppen der NATO (NRF) und denen der EU – inklusive ihrer Speerspitze, den Battlegroups – zur Verfügung gestellt. Sie sind für den Kriegseinsatz vorgesehen. Mit Marschflugkörpern auf neuartigen Korvetten, die Bestandteil der „Eingreifkräfte“ sind, erhält die Bundeswehr erstmalig in ihrer Geschichte die Möglichkeit, auch von See aus das Landesinnere zu beschießen. Die „Eingreifkräfte“ erhalten die kampfstärksten Hubschrauber und mit der Panzerhaubitze 2000 auch das kampfstärkste Rohrwaffensystem der Welt. Mit neuen strategischen Transportflugzeugen sollen Kampfhelikopter, Schützenpanzer und Infanterie schnell in weit entfernte Kampfzonen geflogen werden können. Die Luftwaffe erhält Marschflugkörper, um aus sicherer Distanz Feindesland zerstören zu können. Neben drei verschiedenen Typen von unbemannten Flugkörpern zur Aufklärung und Nachrichtengewinnung erhält die Bundeswehr ein weltumspannendes radargestütztes Satellitenspionagesystem. Und ihre weltweit kampfstärksten konventionellen U-Boote U-212 sind von

Nicht-Nato-Staaten nicht ausfindig zu machen. Auch diese werden Bestandteil der „Eingreifkräfte“. Die Bundesrepublik stellt das größte nationale Kontingent sowohl der NRF als auch der schnellen Eingreiftruppe der EU. Für die EU-Battlegroups bietet sie von allen EU-Mitgliedern die häufigste Beteiligung und die häufigste Führungsübernahme an. Wir müssen mit Erschrecken feststellen, dass offensichtlich für deren Finanzierung gesorgt werden soll, wenn die Kanzlerin vor dem Bundeswehrverband verkündet: „Ein Mittelansatz von nur 1,4 Prozent am Bruttosozialprodukt auf mittlere und lange Sicht wird nicht ausreichen.“

Wir fordern statt dessen: Spart endlich an der Rüstung und gebt den zivilen Konfliktlösungsverfahren Vorrang.

Bundeswehr gegen „Risiken“ aller Art

Das Weißbuch zählt „zunehmend komplexe Herausforderungen“ und Bedrohungen auf. Genannt werden der internationale Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihren Trägermitteln sowie die Gefahr „unkontrollierter Migration“, organisierter Kriminalität, Drogen- und illegalen Waffenhandels als Folge innerstaatlicher oder regionaler Konflikte. Ausdrücklich soll auch – „wenn geboten“ – durch „bewaffnete Einsätze“ gegen „Risiken und Bedrohungen“ vorgegangen werden.

Dazu stellen wir fest,

- dass der „Krieg gegen den Terror“ selbst Terror ist, massenweise Unschuldige tötet und sich als kontraproduktiv erweist,
- dass der US-geführte Krieg gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu Recht als Vorwand verstanden wird, um energie- und rohstoffreiche Regionen unter Kontrolle zu bringen und sich geostrategische Positionen zu sichern,
- dass Sinn und nachhaltiger Erfolg militärischen Eingreifens in regionale und innerstaatliche Konflikte nicht erwiesen ist – eher ist das Gegenteil der Fall.

Die Ausweitung der Militarisierung der deutschen Außenpolitik ist ein Irrweg, der die Welt und unser Land nicht sicherer, sondern unsicherer macht.

Deutsche Interessen: Rohstoffe, Energie, Transportwege

Im Weißbuch wird auffallend häufig von Interessen gesprochen: Da Deutschlands Wohlstand, vom „Zugang zu Rohstoffen“ abhängt, habe es ein „elementares Interesse“ an einem „offenen Welt-handelssystem und freien Transportwegen“ (S. 14). Man befürchtet die „Störung von Rohstoff- und Warenströmen beispielsweise durch zunehmende Piraterie“ (S. 17). Hier bleibt das Weißbuch merkwürdigschwammig. Ob überhaupt und wenn ja, wie weit ein Bundeswehr-

einsatz zur Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen gehen soll, wird nicht benannt. Dass die Bundeswehr zur „Sicherung der Rohstoffzugänge“ eingesetzt werden soll, will die Kanzlerin, denn so steht es im Leitantrag ihres CDU-Bundesvorstands für den Parteitag im November. Zugangssicherung schließt den Zugang zu Lagerstätten von Erdöl, Gas und Mineralien in fremden Ländern ein und beschränkt sich nicht auf Seewege sicherung. Wir sagen, es ist nichts gegen ein Interesse an Roh-

Ebenso fehlt eine Begründung dafür, dass die NATO noch über 3,9 Millionen Soldaten unter Waffen hat, 24.000 Kampfpanzer bereit hält und über 7.000 Kampfflugzeuge und 160 U-Boote verfügt. Wir kritisieren, dass die Bundesregierung nichts zur konventionellen Abrüstung beitragen will. Lediglich die Umsetzung des AKSE-Vertrages wird gefordert, der Obergrenzen für schwere konventionelle Waffen festlegt, die um ein Viertel über den Ist-Ständen liegen. Die Marinerüstung unterliegt keinen

– bei uns anfangen.

Dieses Weißbuch stellt die Weichen für eine weltweit einsetzbare Angriffsmarine, die der Politik dauerhaft die Möglichkeit schafft, sie interessengeleitet universell einzusetzen. Ob, wann und wo und zu welchem Zweck dies geschieht, bleibt vage und spekulativ. Da nichts ausgeschlossen wird, ist buchstäblich alles möglich – im „multilateralen Rahmen“, versteht sich: Der Rohstoffkrieg in Afrika, der Krieg um Öl und Gas am Golf und in Zentralasien, die Beteiligung am Großkrieg gegen China oder Nordkorea, die Überwachung von Wasserstraßen, der Kampf gegen Piraten, die Besetzungen fremder Länder usw. Der militärischen Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Die technischen Grundlagen zur Umsetzung dieser Phantasien werden jedoch schrittweise gelegt. Die Politik braucht sie dann nur abzurufen.

Gesellschaftliche Debatte nicht gewünscht

Eine öffentliche Debatte über die Kriterien erstickt die Regierung, indem sie nach einem Blackbox-Verfahren Fertiglösungen verkündet. Eine lebendige Demokratie, die den mündigen Bürger erwünscht, setzt Transparenz voraus, die durch dieses Weißbuch vermieden wird. Der Verdacht liegt nahe, dass sich die Regierung einer ausführlich geführten öffentlichen Debatte deshalb entzieht, weil sie sie in der Öffentlichkeit nicht bestehen würde, wenn ihre Vorhaben offen auf den Tisch kämen. Sie befürchtet wohl zu Recht, dass die in der Bevölkerung fehlende Unterstützung für Bundeswehrauslandseinsätze nach einer öffentlichen Debatte noch mehr schwinden würde. Mit anderen Worten: Die Bundesregierung hat Angst vor der Demokratie.

Koalition will Verfassung ändern

So mag es auch kein Zufall sein, dass das Weißbuch eine Erweiterung der Einsatzfelder der Bundeswehr im Inneren ausdrücklich vorsieht. Unter dem Vorwand einer nur begrenzten Abwehrfähigkeit terroristischer Gefahren durch die dafür „zuständigen Stellen“ sieht die Bundesregierung „die Notwendigkeit einer Erweiterung des verfassungsrechtlichen Rahmens für den Einsatz der Streitkräfte“ (S. 61). Allen gegen teiligen Beteuerungen des Koalitionspartners SPD zum Trotz will die Große Koalition also doch Hand an das Grundgesetz anlegen. Wer nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Luft sicherheitsgesetz vom 15. Februar 2006 gedacht hätte, damit seien die Grenzen des Einsatzes der Bundeswehr im Inneren höchststrichlich festgelegt und das rechtsstaatliche Prinzip der Aufgabenteilung zwischen Polizei und Militär ein für allemal bekräftigt, sieht sich nun eines Schlechteren belehrt: Anstatt das



Die SDAJ kommentiert die bekannt gewordenen Bilder aus Afghanistan so: „Im Zusammenhang mit dem Fall Murat Kurnaz, der deutschen Soldaten der KSK vorwirft, ihn in einem US-Lager in Afghanistan schwer misshandelt zu haben, sieht es so aus als seien diese Beispiele nicht Entartungen und Entgleisungen Einzelner, wie es die Bundeswehr und führende Politiker behaupten, sondern wahrscheinlich nur die Spitze des Eisbergs von Verbrechen deutscher Soldaten in Auslandseinsätzen, die an die Oberfläche gelangt ist. Sie sind nur im Zusammenhang mit der offiziellen Bundeswehrstrategie zu verstehen, die weltweite Kriegseinsätze zur Sicherung von Rohstoffen als vermeintlich nationales Interesse formuliert (neues Weißbuch der Bundeswehr). Der Generalinspekteur des Heeres – Generalmajor Budde – hatte schon 2004 die daraus folgenden Ansprüche an Bundeswehrsoldaten im Ausland beschrieben. ‚Wir brauchen den archaischen Kämpfer und den, der den High-Tech-Krieg führen kann‘, erklärte er. Den deutschen Soldaten der Zukunft müsse man sich als einen ‚Kolonialkrieger‘ vorstellen, ‚der fern der Heimat in Gefahr steht, nach eigenen Gesetzen zu handeln‘. Genau diese Leitlinie haben die Soldaten aus dem bayerischen Mittenwald – eine Einheit mit kriegsverbrecherischer Tradition – befolgt. (...) Deutsche Soldaten raus aus Afghanistan! (...)“

stoffen anderer Länder einzuwenden, sehr wohl jedoch dagegen, sich diese gewaltsam aneignen zu wollen. Wir bewerten das Vorhaben, die Piraterie auch militärisch bekämpfen zu wollen, als an den Haaren herbeigezogen. Erstens haben wir es nicht mit einer „zunehmenden Piraterie“ zu tun, sondern mit einer Halbierung der Überfälle seit 2003 und zweitens lässt sich ein wirksamer Schutz durch passiven Schutz und nicht-letale Abwehrmaßnahmen wirksamer erreichen. Den Kampf gegen die Piraterie als Begründung dafür herzunehmen, eine NATO-Armada von 350 hochseegängigen Überwasserkampfschiffen aufrechtzuerhalten, ist absurd und kostspielig dazu.

internationalen Beschränkungen. Wir fordern von der Bundesregierung, dass sie sich auf UN-Ebene für einen Zeitplan für die weltweite konventionelle Abrüstung einsetzt.

Konventionelle und atomare Abrüstung bleiben Lippenbekenntnis

Im Weißbuch wird lediglich die atomare weltweite Abrüstung gefordert (S. 48). Dieser an sich begrüßenswerte Voratz bleibt jedoch so lange unglaublich, wie die Bundesregierung an der völkerrechtswidrigen „nuklearen Teilhabe“ festhält (S. 27) und sich nicht für den Abzug von US-Atomwaffen von deutschem Boden einsetzt.

Wir fordern: Atomwaffen abschaffen

Verfassungsgerichtsurteil zu akzeptieren, macht sich die Bundesregierung daran die Verfassung zu ändern! Auch ein negatives Lehrstück in Demokratie.

Fazit

Das „Weißbuch“ der Bundesregierung stellt den legitimatorischen Rahmen für die prinzipiell nicht mehr begrenzte räumliche und sachliche Ausweitung des Einsatzgebietes der Bundeswehr dar. Ob im Inneren gegen „drohende Terroranschläge“ oder weltweit zur Bekämpfung von Terror, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen oder Drogenhandel: Überall soll die Bundeswehr im „Interesse“ Deutschlands aktiv werden können. Der außenpolitische „Schulterschluss“ mit Frankreich, der noch den Ton des „Weißbuchs 1994“ beherrscht hatte, ist einer noch engeren Anbindung an die globale Führungsmacht USA gewichen. Deutsche Außenpolitik wird auf Sicherheitspolitik und Sicherheitspolitik ausschließlich auf Militärpolitik reduziert. Das, was nach dem Ende der Blockkonfrontation als „Normalisierung“ der deutschen Außenpolitik propagiert wurde, mündet heute in eine stinknormale imperiale, militärisch gestützte Außenpolitik, die mehr Ähnlichkeit mit der Großmachtspolitik des deutschen Kaiserreichs als mit einer friedensorientierten und zivilen Präventionspolitik eines demokratischen Rechtsstaats des 21. Jahrhunderts hat.

Bush sucht Weg aus der Irak-Falle¹

Ausweg Eskalation?

Die Gewalt im Irak hat das Ausmaß einer großen Katastrophe angenommen. Einer jüngsten Untersuchung renommierter Ärzte aus den USA und Großbritannien zufolge verloren seit Beginn des Krieges 650.000 Iraker ihr Leben. Todesschwadronen morden wahllos. Viele Hunderttausend Menschen sind in allen Landesteilen auf der Flucht, durch Terror und Gewalt aus ihren Häusern vertrieben. Dass das Land am Abgrund eines Bürgerkrieges steht, wird inzwischen nicht einmal mehr von der US-Regierung bestritten.

Auch die Verluste der US-Truppen, die inzwischen auf 140.000 aufgestockt sind, erreichen Rekordhöhe. Allein im Oktober fielen (bis zum 25.10.) 96 US-Soldaten.

Jetzt musste die Regierung das Scheitern der jüngsten Militäroffensive zur Befriedung Bagdads eingestehen, der Militärsprecher im Irak nannte den Verlauf der Offensive „entmutigend“. Die Kritik hoher Offiziere und Regierungsvertreter wird immer lauter. Ein leitender Mitarbeiter des Außenministeriums sprach in einem Interview mit dem arabischen Sender Al-Dschasira davon,

dass die Welt Zeuge eines „Scheiterns im Irak“ ist und dass es „großen Raum für starke Kritik geben, weil es zweifellos Arroganz und Dummheit“ seitens der USA im Irak gegeben hätte. Bush selbst wies unter dem wachsenden Druck Parallelen zum Vietnamkrieg nicht mehr zurück. Die Umfragewerte für Bush sinken in den Keller, nach letzten Umfragen lehnen zwei Drittel der US-Bevölkerung die Irak-Politik ab. Auch wenn die Demokraten kaum Alternativen aufzeigen, könnten die Wahlen am 7. November zur Abstimmung über den Bushs Irak-Kurs und zum Debakel für die Republikaner geraten. Ein Drittel der 100 Senatoren und das gesamte Repräsentantenhaus werden dann neu gewählt, außerdem in 36 von 50 Bundesstaaten die Gouverneure. Einer, der sich erneut zur Wahl stellt, der Republikaner und kalifornische Gouverneur Schwarzenegger, setzte sich demonstrativ von Bush ab und forderte den Abzug der US-Truppen aus Irak.

In dieser Situation kündigte die Bush-Administration einen „Strategiewechsel“ an, ohne sich jedoch näher darüber auszulassen. Ein zentrales Element dieses „Strategiewechsels“ scheint derzeit zu sein, dass die Besatzungsmacht die irakische Koalitionsregierung fallen lässt. Die „Geduld der USA (ist) nicht grenzenlos“, erklärte Bush am 25. Oktober, die Times berichtete am 20.10.: „In den vergangenen Wochen äußerten mehrere Offiziere in Hintergrundgesprächen mit der Presse wachsende Verärg-



rung, besonders über die so bezeichnete Ineffizienz, das Zögern und die Korruption der Regierung von Ministerpräsident Nuri Kamal al Maliki. Sie beklagen die Unfähigkeit des Ministerpräsidenten, seiner Verantwortung effektiv nachzukommen und die Schiitenmilizen zu zügeln, die von amerikanischen Kommandanten zur Zeit als Hauptquelle der Instabilität betrachtet werden.“ Ministerpräsident Maliki wurde Berichten der New York Times und internationaler Medien zufolge verpflichtet, spätestens bis zum Jahresende einen Zeitplan für die Entwaffnung der Milizen und die Erreichung wirtschaftlicher Ziele vorzulegen; würden die dann gesetzten Fristen nicht eingehalten, drohen die USA mit „Strafen“. (Siehe z.B. ftd, 26.10.) Aber wie sollte der

von den Besatzungsmächten abhängigen Koalitionsregierung gelingen, was den Besatzungsarmeen nicht gelingt? Der Druck auf Maliki scheint vielmehr das Vorspiel zur definitiven Zerlegung des Irak zu sein.

Tatsächlich ist die Teilung des Irak bereits weit fortgeschritten. Die größte schiitische Organisation Sciri etwa fordert den Zusammenschluss der schiitischen Provinzen im Süden zu einer Region mit einem Autonomie-Status, der der Zentralregierung praktisch keinen Einfluss mehr ließe. Die kurdischen Gebiete verwalten sich bereits seit 1991 selbst und die kurdischen Parteien tendieren ohnehin zum Ausbau der Autonomie.

Spekulieren die USA darauf, sich zumindest im Nordirak, in Süd-Kurdistan festsetzen zu können?

Zu einer Stabilisierung der Situation oder gar Beendigung des Bürgerkriegs würde die Zementierung der Teilung schwerlich führen. Eher wächst die Gefahr, dass bestehende Konflikte eskalieren und neue Konflikte entstehen. Da der Ölreichtum sich auf die kurdischen und die schiitischen Gebiete konzentriert, würde die im sunnitischen Teil lebende Bevölkerung ökonomisch so massiv benachteiligt, dass sie sich mit den von Kurden und Schiiten gezogenen Grenzen kaum abfinden wird. Sunnitische Organisationen bekräftigen denn auch den Anspruch auf die ölreichen Gebiete um Mossul und Kirkuk. Die blutigen Anschläge haben im Norden, der lange als vergleichsweise sicher galt, in den letzten Wochen stark zugenommen (s. NZZ, 16.10.). „Ein noch autonomeres Kurdistan? Unweigerlichen würden die Türkei, Iran und wohl auch Syrien in einer sonderbaren Interessengemeinschaft eingreifen“, kommentiert Karl Grobe in der Frankfurter Rundschau (27.10.), der außerdem mutmaßt, dass Saudi-Arabien „wegen seiner unterdrückten schiitischen Minderheit in der Ölregion des Nordostens (einen schiitischen Teil-Staat) kaum ertragen“ könne.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der Irak für die USA zur Falle geworden ist. Den Angriffskrieg, den sie völkerrechtswidrig und mit der Absicht begonnen haben, einen Stützpunkt für die Unterwerfung der islamischen Welt zu erobern, können sie nicht gewinnen; die grenzenlose Arroganz, mit der sie den besiegten Staat behandelten und die besiegte Armee demütigten, schlägt auf sie zurück. Ein Rückzug von der irakischen Front – der einzige Ausweg – handelt den USA und der Nato an den anderen Fronten um so größere Probleme ein. Es ist zu befürchten, dass die schwer angeschlagene Bush-Regierung ihr Heil in der weiteren Eskalation suchen wird. scc

¹ So der Titel eines Kommentars in der Financial Times Deutschland am 26.10.



Seit dem 23. Oktober bestreiken 5.300 Gebäudereiniger in der viertgrößten Stadt der USA, Houston/Texas, die Bürogebäude der Großkonzerne wie Chevron und Hines. Die Löhne, die diese texanischen Konzerne zahlen, liegen mit 5,15 \$ beim gesetzlichen Mindestlohn und teilweise bis zur Hälfte unter denen, die die Gebäudereiniger in anderen Städten erkämpft haben. Außerdem gibt es für die Gebäudereiniger in Houston keine Krankenversicherung und fast keine Vollzeitbeschäftigung. Nachdem sie im letzten Jahr die Gewerkschaft SEIU in Houston aufgebaut haben, haben sie die Kampagne für eine Krankenversicherung, Vollzeitbeschäftigung und Löhne in Höhe von mindestens 8,50 \$ begonnen. Doch die Konzerne verweigern Verhandlungen und begannen mit einer systematischen Schikane gegen Gewerkschaftsmitglieder. Die streikenden Gebäudereiniger, fast ausschließlich Migranten aus Latein- und Mittelamerika, erhalten bei ihren täglichen Demonstrationen viel Unterstützung aus der Stadt, und sie werden auch vom internationalen Gewerkschaftsverband UNI Property Services unterstützt, dem auch ver.di angehört. Das Exekutivkomitee erklärte, Maßnahmen zur Streikunterstützung in den zehn Ländern zu ergreifen, in denen es Betriebe von Chevron und Hines gibt, u.a. in der BR Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Polen und den Niederlanden. (Bilder: Indymedia Houston)

Kalifornien: Schließung der Jugendgefängnisse gefordert

Eine Koalition verschiedener Gruppen protestierte am Rande des Wahlkampfes von Gouverneur Schwarzenegger gegen die unsäglichen Zustände in den Jugendgefängnissen Kaliforniens. Nirgendwo in der Welt werden so viele Minderjährige und Jungerwachsene in militärisch organisierten Camps und Knästen gefangen gehalten wie in der Region Los Angeles. Selbst 12-Jährige werden zu Gefängnis verurteilt und in den Lagern einem „Abschreckungsdrill“ unterzogen, der Misshandlungen einschließt. Die Rückfallquote ist mit über 75% extrem hoch. Die Familien von Betroffenen und Unterstützergruppen fordern die Schließung der „Erziehungscamps“ und Jugendgefängnisse und ein Programm der Resozialisierung und Ausbildung für ihre Kinder. (Quelle und Bild: Indymedia LA)



Lynne Stewart: Höchststrafe abgewendet

Anders als in der letzten Ausgabe gemeldet (S. 9), muss die Menschenrechtsanwältin Lynne Stewart keine 30-jährige Haftstrafe antreten. Zwar hatte ihr diese Strafe gedroht, und auch der Haftantrittstermin stand bereits fest, doch hat das Gericht in buchstäblich letzter Minute eine Strafe von 28 Monaten (statt 30 Jahren) verhängt, der Haftantritt wurde bis zur Berufungsentscheidung verschoben. Der Richter begründete sein Urteil damit, dass Stewart mit ihrer langjährigen Arbeit nicht nur ihren Klienten, sondern „auch der Nation einen Dienst“ erwiesen habe; ihre den Patriot Act verletzenden Aktionen hätten nicht dazu geführt, dass irgend jemand zu Schaden gekommen sei, obwohl ihr Verhalten „außerordentlich kriminell“ gewesen sei. Ihr Mitangeklagter und Rechtsgehilfe Sattar wurde jedoch zu 20 Jahren verurteilt, der Übersetzer zu 20 Monaten.

Tschechisches Innenministerium verbietet Jugendverband der KSCM

Am 17.10. informierte der Jugendverband KSM, dass ihm der Auflösungsbescheid des tschechischen Innenministeriums zugegangen ist. Danach ist die Jugendorganisation der Kommunistischen Partei KSCM mit sofortiger Wir-

kung verboten. Hintergrund ist ein seit längerer Zeit andauernder Streit zwischen der KSM und den Ministerium über das Programm der Jugendorganisation, in der die Verstaatlichung privaten Eigentums propagiert wird. Das Ministerium sieht darin einen Verstoß gegen die Zulassungskriterien als Jugendverband und fordert seit Monaten eine Revision des Programms. Die KSM weigerte sich, eine Änderung vorzunehmen, um nicht auf „revolutionäre“ Elemente wie dem „Sturz der kapitalistischen Ordnung durch die Massen der Arbeiterklasse“ und dem Ziel der Errichtung einer „kommunistischen Gesellschaft“ im Programm verzichten zu müssen. Dem Verbot gehen seit Jahren andauernde antikommunistische Kampagnen und Initiativen im Land voraus. Neben landesweiten Veranstaltungen unter dem Motto: „Mit Kommunisten spricht man nicht“ und einer antikommunistischen T-Shirt- und Plakat-Kampagne gehörte dazu auch eine gegen die im Parlament vertretene KSCM gerichtete Verbotsinitiative, die von grünen Senatoren ausging. Dabei fanden die antikommunistischen Initiativen Unterstützung auch bei bürgerlichen Intellektuellen und Künstlern. Einen traurigen Höhepunkt stellt der brutale Überfall von Unbekannten auf den reformorientierten Vizechef der KSCM im Wahlkampf im April 2006 dar. – Gegen das Verbot des Jugendverbandes regte sich vor allem bei international befreundeten und verbündeten Organisationen Protest. Neben dem Jugendverband solid schrieben auch sächsische Vertreter der Linkspartei einen solidarischen Gruß nach Prag. Die Solidarität wurde u.a. auch vom Nobelpreisträger und italienischen Theaterregisseur Dario Fo und dem Sänger Bono Voss von U2 zum Ausdruck gebracht. (Quelle: lavka.info)

EU: „Nationale Identität“ nimmt ab

Österreichische Wissenschaftler haben eine Studie veröffentlicht, die auf der Auswertung der Eurobarometer-Umfragen seit 1996 beruht. Die Aussage der Studie: Die „nationalen Identitäten“ werden in den nächsten Jahren zurückgehen, weil die älteren, in der Regel eher national orientierten Jahrgänge sterben und bei den jüngeren Jahrgängen „multiple Identitäten“ vorherrschen, d.h. die meisten jüngeren Menschen sich z.B. als „Österreicher und Europäer“ oder „Europäer und Österreicher“ oder nur „Europäer“ sehen. Von den Bürgern der EU-15 (also vor der Osterweiterung) sahen sich 130 Mio. als ausschließlich Staatsangehörige des jeweiligen Landes, 177 Mio. hätten „multiple Identitäten“. Der Studie zufolge ändern sich die Einstellungen zu „Europa“ mit dem Alter werden fast nicht. (Quelle: Standard)

Zusammenstellung: scc

HANNOVER. Am Mittwoch, den 25.10.06, demonstrierten ca. 200 Menschen in Hannover vor dem Landtag gegen die Lagerpolitik der niedersächsischen Landesregierung. Aufgerufen hatten das Streikbündnis zur Unterstützung der Flüchtlinge des Lagers Blankenburg und der Niedersächsische Flüchtlingsrat. Es beteiligten sich Flüchtlinge aus allen drei niedersächsischen Lagern (Blankenburg, Bramsche-Hesepe und Braunschweig) und verschiedene antirassistische Gruppen aus Braunschweig, Göttingen, Osnabrück, Hannover, Bremen, Oldenburg sowie viele Einzelpersonen. Am Landtag übergab eine Delegation der streikenden Flüchtlinge aus Blankenburg Forderungen an die Landtagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der FDP. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen will erneut den Antrag zur Schließung der Lager und dezentraler Unterbringung im vorbringen. Weiter wurde von der SPD und den Grünen eine unabhängige Kontroll- und Vermittlungsinstanz vorgeschlagen, mit der sowohl Flüchtlinge als auch Lagerbehörden einverstanden sein müssen. Die Flüchtlinge haben ihrerseits die Landtagsfraktionen



G8-Aktionskonferenz 10./11. Nov.

ROSTOCK. Für Juni 2007 ist im Ostseebad Heiligendamm der nächste G8-Gipfel geplant, und es tut sich was: In Nichtregierungsorganisationen, Umweltverbänden, linken und antirassistischen Netzwerken, Gewerkschaften, Parteien oder lokalen Anti-G8-Bündnissen, überall steht das nächste Gipfeltreffen der G8 auf der Tagesordnung. Der Verständigungsprozess über den konkreten Ablauf der Aktions- und Diskussionstage im Juni 2007 sollte möglichst in verbindlichen Absprachen über den gemeinsamen Vorbereitungsprozess und die Internationalisierung dieses Prozesses münden. Und wenn wir schon vor Ort in Rostock sind, so wollen wir auch mit einer kleinen Aktion präsent sein und unser Anliegen kundtun, gegen den G8-Gipfel 2007 zu protestieren sowie die Möglichkeit für eine Ortsbeteiligung bieten.

Aktuelle Informationen zur Konferenz und für Fragen, Kritik und Anregungen: www.heiligendamm2007.de, www.g8-germany.info

Attac-Ratschlag beschließt Schwerpunkte für 2007

FRANKFURT A.M. Die Mobilisierung zu Protesten gegen den G8-Gipfel wird den Schwerpunkt der Aktivitäten des globalisierungskritischen Netzwerkes Attac im ersten Halbjahr 2007 bilden. Gemeinsam mit Bündnispartnern ruft Attac zu Gegenaktivitäten auf. Das haben die rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Attac-Ratschlags beschlossen, die sich vom 27. bis 29. Oktober in Frankfurt am Main getroffen haben. „Bereits heute zeichnet sich ab, dass den G8 heftiger Gegenwind um die Ohren blasen wird“, sagte Pedram Shahyar, Mitglied der G8-Projektgruppe und des Attac-Koordinierungskreises. Attac rechne mit einer großen Mobilisierung. Der Ratschlag wählte auch die Mitglieder der bundesweiten Gremien (Rat und

Koordinierungskreis) und verabschiedete den Haushalt für 2007. Dieser umfasst etwa eine Million Euro, überwiegend aus Spenden und Beiträgen der rund 17 000 Mitglieder. www.attac.de

White Band Days – Internationale Aktionstage gegen Armut

BERLIN. Mit einem Flugzeugbanner und Zeitungsanzeigen fordert die Aktion „Deine Stimme gegen Armut“ am internationalen Tag der Armutsbekämpfung (17. Oktober 2006) die Bundesregierung zu mehr Engagement im Kampf gegen weltweite Armut auf. Unter dem Motto „Aufstehen gegen Armut“ haben sich Organisationen in über 100 Ländern am „White Band Day“ mit ihren Forderungen nach weltweiter Gerechtigkeit und der Umsetzung der UN Millennium Entwicklungsziele (MDGs) bis 2015 an die Regierungen gewandt. In Berlin kreiste am Vormittag des Internationalen Tags der Armutsbekämpfung ein Flugzeug mit einem 26 Meter langen Banner über der Stadt und forderte Betrachter dazu auf, auf der Aktionshomepage ihre Stimme gegen Armut zu erheben. In ganzseitigen Anzeigen im „Spiegel“ und der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ hat die Aktion die Bundesregierung dazu aufgerufen, Wort zu halten und beim G8-Gipfel 2007 dafür zu sorgen, dass die Armutsbekämpfung einen entscheidenden Schub erhält.

www.deine-stimme-gegen-armut.de

Streit über Ausstellung zur Deportation eskaliert

FRANKFURT A.M. Seit mehr als zwei Jahren weigert sich die Deutsche Bahn die Ausstellung „11000 Kinder – Mit der Reichsbahn in den Tod“ auf Bahnhöfen in Deutschland zu zeigen. Zahlreiche Demonstrationen in und vor den Bahnhöfen und Informationsveranstaltungen hatten an der Betonhaltung von Bahnchef Mehdorn nichts ändern kön-

nen. Auch die Vermittlungsversuche des Bundesverkehrsministers Tiefensee waren gescheitert. Nun ist es zwischen Mehdorn und Tiefensee offensichtlich zum Eklat gekommen. Tiefensee verließ vorzeitig ein Treffen mit Bahnchef Mehdorn, als dieser sich erneut weigerte. (siehe german-foreign-policy.com). Die Ausstellung war von den Söhnen und Töchtern der Deportierten erstellt worden und in 18 Bahnhöfen in Frankreich gezeigt worden. Die Initiativen zur Unterstützung der Ausstellung haben eine Verstärkung der geplanten Proteste gegen die Haltung der Bahn angekündigt. Auch in Frankfurt wird am 9. November eine Kundgebung/Demonstration dazu stattfinden.

www.antifa.frankfurt.org

GEZ Gebühr für Studierende ...

AUGSBURG. Ab Januar 2007 müssen für neuartige Rundfunkempfangsgeräte 5,52 Euro an GEZ Gebühren gezahlt werden. Hierzu zählen unter anderem internetfähige Handys und Computer. Die Gebührenpflicht dieser als neuartige Rundfunkempfangsgeräte bezeichneten PCs besteht auch ohne tatsächlichen Anschluss ans Internet bzw. ohne den Empfang von Radio- und/oder Fernsehprogrammen über das Internet. „Die Ministerpräsidenten der Länder sind nicht in der technologischen Realität angekommen.“ so Matthias Strobel von der Studierendenvertretung der Universität Augsburg. Studierende benötigen für ihr Studium einen PC. Recherchen oder das Schreiben von Arbeiten sind ohne einen Computer nicht mehr möglich. Aufgrund ihrer begrenzten finanziellen Möglichkeiten haben Studierende oftmals keinen Fernseher. Ab Januar 2007 sollen alle diese Studierende zu Zwangszahler der GEZ Gebühr gemacht werden. Zusätzlich zu Verwaltungsgebühren und Studiengebühren kommt damit eine weitere staatliche Zwangsabgabe auf die Studierenden zu. www2.student.uni-augsburg.de



ins Lager eingeladen, wobei diese ihren Besuch jedoch nicht bei den Behörden vorher ankündigen und auch explizit mit Flüchtlingen sprechen sollten. Seit dem 4.10. 2006 bestreiten die Flüchtlinge aus dem Lager Blankenburg/Oldenburg das Kantenessen und die 1 Euro-Jobs. Gefordert wird die Auszahlung von Bargeld und das Recht, die Nahrung selbstbestimmt zubereiten zu können. Ferner wird eine angemessene und den hiesigen Standards angepasste Gesundheitsversorgung gefordert. Grundsätzlich fordern sie eine Unterbringung in Wohnungen und ein Recht auf Arbeit.

Antirassistisches Plenum Oldenburg, Kontakt: antira-ol@web.de.

DGB stellt Konzept für Armuts- und Reichtumsberichte vor

HANNOVER. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat die niedersächsische Landesregierung aufgefordert, einen regelmäßigen Bericht über die Entwicklung von Armut und Reichtum aufzulegen. Hintergrund der Forderung ist die sich weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich. So hat sich die Zahl der armen Kinder in Niedersachsen nach Berechnungen des DGB erhöht. Statistiken der Bundesagentur für Arbeit belegen, dass die Zahl der Haushalte mit Kindern unter 15 Jahren, die von Hartz IV leben, zwischen September 2005 und 2006 um 3,85 Prozent auf 115.167 angestiegen ist. Die Gesamtzahl der von Hartz IV abhängigen sogenannten Bedarfsgemeinschaften ist dagegen nur um 1,5 Prozent angewachsen. Gleichzeitig zeigt die aktuelle Statistik des manager-magazins, dass das Vermögen der reichsten Niedersachsen zum Teil erheblich zugenommen hat. In Niedersachsen gab es erstmals 1998 einen Sozialbericht, die Frage des Reichtums wurde dabei nur am Rande betrachtet. Seitdem gibt es keine Fortschreibung durch die Landesregierung. Das Statistische Landesamt berechnet zwar jährlich Armuts- und Reichtumsquoten, dies ersetzt jedoch keinen ausführlichen Armuts- und Reichtumsbericht.

www.gew-nds.de

Demonstration am 16.11.2006 für Bleiberecht

NÜRNBERG. Seit Jahren kämpft die bundesweite Kampagne „Hiergeblieben!“ gemeinsam mit vielen Organisationen, antirassistischen Gruppen und unzähligen lokalen Bündnissen für ein Bleiberecht der geduldeten Flüchtlinge und Migrant/innen in Deutschland. Nun ist es soweit: am 16. und 17. November werden in Nürnberg die Innenminister der Bundesländer und der Bundesinnenminister auf ihrer halbjährlichen Innenministerkonferenz

über ein Bleiberecht für geduldete Ausländer und Ausländerinnen entscheiden. Ein bundesweites Bündnis ruft dazu auf, gemeinsam für eine Bleiberechtsregelung zu demonstrieren, die den hier lebenden Menschen einen gesicherten Status garantiert. „Wir fordern schon jetzt einen sofortigen Abschiebestopp für alle Geduldeten bis zum Erlass der Bleiberegelung, damit sichergestellt ist, dass niemand abgeschoben wird, der unter die Bleiberegelung fallen könnte. Und wir fordern ein Rückkehrrecht für diejenigen, die seit Beginn der Proteste abgeschoben wurden und die unter die Kriterien der Regelung fallen, weil die Verzögerungstaktik mancher Minister nicht aufgehen darf.“

Die bundesweite Demonstration findet am 16. November in Nürnberg statt, Kundgebung ist um 16.30 Uhr an der Lorenzkirche, Demonstration um 17.30 Uhr zum Tagungsort der Innenministerkonferenz www.bleiberechtsbuero.de

Demonstration in Bielefeld gegen Überwachung

BIELEFELD. Am 20. Oktober demonstrierten in Bielefeld rund 300 Menschen „gegen den Sicherheits- und Überwachungswahn“. Unter dem Motto „Freiheit statt Angst“ folgten sie einem Aufruf des Arbeitskreises Vorratsdatenspeicherung und 17 weiterer Unterstützergruppen, darunter Attac, der Chaos Computer Club, der Bund Demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und die Humanistische Union. Werner Hülsmann vom Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIfF) forderte in seiner Ansprache einen Stopp der Pläne, sämtliche Kommunikationsdaten ohne Anfangsverdacht flächendeckend zu speichern. Bettina Winsemann (Twister) von STOP1984 wandte sich gegen die Behauptung, Datenschutz sei Täterschutz. Gerade in sensiblen Bereichen wie Gesundheit oder Seelsorge sei Datenschutz nicht Täterschutz, sondern Opferschutz. Auf der Demonstration wurde weiterhin dazu aufgerufen, „nicht für eine Illusion von Sicherheit die Freiheitsrechte aufzugeben, für die unsere Vorfahren unter Einsatz ihres Lebens gekämpft haben“. Die Veranstalter kündigten als weitere Maßnahme eine Sammelklage gegen „die drohende Zwangsprotokollierung von Telefon- und Internet-Kommunikationsdaten“ an. Anschließend wurden die schlimmsten Datenkraken mit den BigBrotherAwards ausgezeichnet.

<http://netzpolitik.org>

Bremer Volksbegehren erfolgreich

BREMEN. Bremen hat zum ersten Mal ein Volksbegehren erfolgreich abgeschlossen – für ein neues Wahlrecht nach dem

Vorbild des Hamburger Volkswahlrechts, das soeben von der CDU-Bürgerschaftsfraktion mit knapper Mehrheit faktisch abgeschafft worden ist. Auch in Bremen sieht der Gesetzentwurf des dortigen Mehr-Demokratie-Landesverbands statt des bisherigen Listenwahlrechts ein System vor, bei dem die Bürgerinnen und Bürger mehr Einfluss auf die personelle Zusammensetzung des Parlaments haben. Wegen der etwas anderen Verfassungslage gibt es in Bremen zwar einige kleinere Unterschiede zum Hamburger Mehr-Demokratie-Modell, doch der Kern ist der gleiche: Mit jeweils fünf Wahlkreuzen sollen auch die Bremerinnen und Bremer kumulieren und panaschieren können, also ihre Stimmen auf eine Person häufeln oder auf mehrere Kandidaten verteilen können. Das Hamburger Volkswahlrecht wirkt ansteckend: Ähnliche Bestrebungen gibt es nicht nur in Bremen, sondern auch beim Kommunalwahlrecht in Nordrhein-Westfalen und in Berlin. Für das Volksbegehren waren in Bremen 48.175 Unterschriften nötig, übergeben wurden 71.204 Unterschriften. Der Volksentscheid, die dritte Stufe der Volksgesetzgebung, ist für den Termin der nächsten Bürgerschaftswahl im Mai 2007 vorgesehen.

<http://demokratie.mine.nu>

St. Pauli liest Rechten die Leviten

Eine Lesung zugunsten der Amadeu Antonio Stiftung: HAMBURG. Spieler des FC St. Pauli wollen sich am 6. November in Hamburg an einer öffentlichen Lesung von Texten beteiligen, die alten und neuen Rechtsextremismus vor Augen und Ohren führen. Gelesen werden Gedichte und Kurzgeschichten, teilweise von Autoren, die zwischen 1933 und 1945 verfolgt und verboten wurden. In Kooperation mit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme werden ebenso Berichte von Holocaust-Opfern zitiert. Die Veranstaltung wird ca. zwei Stunden dauern. Im Wechsel lesen Spieler des FC St. Pauli, die Moderatorin Bettina Tietjen und als Zeitzeuge der 1925 geborene Autor und Regisseur Uwe Störjohann. Ort ist der Veranstaltungssaal im „Side Hotel“ in der Drehbahn 49.

Der Grund für die Lesung liegt auf der Hand: Die aktuelle Entwicklung im Zuwachs des allgemeinen Rechtsradikalismus in Deutschland ist beängstigend. Eine Lesung wie diese kann nichts ändern, aber Bewusstsein schaffen und zum Nachdenken anregen. Der nahe liegende Jahrestag der Pogromnacht am 9. November ist für den Initiator Jörn Menge von lautgegnazis.de Grund genug, diese Veranstaltung in diesem Rahmen durchzuführen. Er sagt: „Ewig Gestrige sind wieder gesellschaftsfähig. Ein Zustand, den wir nicht hinnehmen.“

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

Warum wir gegen den Verkauf der Stadtbau sind

Am 12. November findet in Freiburg ein Bürgerentscheid über den Verkauf der städtischen Wohnungsgesellschaft „Stadtbau“ statt. Die Unabhängigen Listen werben für die nötigen 38.000 Ja-Stimmen für den Erhalt der städtischen Wohnungen.

Freiburg hat ein Haushaltsproblem. Das ist wahr. Aber dies ist weder neu, noch steht Freiburg damit alleine da, noch ist es in erster Linie Freiburgs eigene Schuld, und schon gar nicht ist es durch den beabsichtigten Verkauf von 8000 Freiburger Wohnungen zu beheben. Dafür gibt es vier einfache Gründe.

1. Eine isolierte Lösung der Finanzprobleme in einer Stadt kann es nicht geben. Sie dennoch vorzuschlagen, entspringt kurzfristigem, realitätsfernem Denken! Die Befürworter des Stadtbauverkaufs tun so, als ob mit dem Verkauf der Stadtbau eine langfristige Konsolidierung des Haushaltes möglich wäre. Das ist Unfug! Denn in Deutschland sind vor allem die Kommunen chronisch unterfinanziert. Immer neuen Aufgaben, im Erziehungs-, Bildungs-, und Sozialbereich, stehen sinkende Einnahmen gegenüber. Dieses „strukturelle Defizit“ bleibt, auch wenn die Stadtbau verkauft und ein Teil der städtischen Schulden getilgt sein sollte.

38.000x JA
zum Erhalt der
städtischen
Wohnungen
linke liste • solidarische stadt

Dies umso mehr, wenn sich die Verwaltung weiterhin praktikablen Vorschlägen zur Erhöhung der Einnahmeseite (z.B. durch eine Gewerbesteuererhöhung) verweigert. Und was lehren uns die überraschenden Steuermehreinnahmen in Höhe von 16 Mio. € in 2006, mit denen die Stadt seit kurzem erwarten kann, ihr angenommenes Defizit von 19 Mio. € entscheidend zu verringern? Auf einmal ist die Alarm-Prognose hinfällig, dass der kommende Doppelhaushalt auf keinen Fall genehmigungsfähig sei. So kurzfristig sind die Argumente, mit denen Freiburg zum Verkauf seines Wohnungsbestandes getrieben werden soll!

2. Die Haushaltskonsolidierung bei Bund und Land darf nicht auf Kosten der Städte gehen! Der gesetzliche Rahmen für Einnahmen und Ausgaben der Städte wird im Bund und den Länderparlamenten gemacht. So beschloss der Bund die Unterbringung von Hartz-IV-Empfängern zu Lasten der Gemeinden; so bedient sich das Land bei den Kom-

munen aus dem Topf des Finanzausgleichs. Vielen Gemeinden geht es deshalb noch viel schlechter als Freiburg. Nur wenn die Städte Änderungen dieser Gesetzeslage durchsetzen, kann ihr chronisches Defizit ins Lot kommen. Wenn dazu die bisherigen zahmen Aktivitäten des Städtetages nicht ausreichen, müssen die Stadtverwaltungen im Interesse ihrer Bürger sich auf anderen Wegen politisches Gewicht verschaffen.

3. Die Panik schürende Drohung mit dem Regierungspräsidium ist unredlich! Seit April versucht man uns einzuhämmern, dass es anders als mit einem Verkauf der Stadtbau-Wohnungen nicht gehe. Nahezu alle Haushaltspläne der letzten Jahre entsprachen nicht den gesetzlichen Vorgaben, ihre Genehmigungen konnten gleichwohl jeweils mit dem RP ausgehandelt werden. Einen Kahlschlag im Sozial- und Kulturbereich kann und wird es nicht geben. Diese sogenannten „freiwilligen Leistungen“ sind elementarer Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung und das Regierungspräsidium wird den Teufel tun und für das Ende der Jugendarbeit bei Sportvereinen oder den Tod der kulturellen Gruppen verantwortlich zeichnen. Es wäre Aufgabe eines OB, genau diesen Standpunkt offensiv und öffentlich zu beziehen, anstatt allen Gruppen in der Stadt mit dem Ende zu drohen, wenn die Stadtbau nicht verkauft wird.

4. Haushaltsprobleme müssen langfristig angegangen werden! Dazu gibt es gute Vorschläge und Anträge aus dem Gemeinderat und aus der Öffentlichkeit. Keine deutsche Stadt mit so knappem Wohnraum wie Freiburg geht den Weg des kompletten Wohnungsverkaufs. Dieser brutale Privatisierungsakt wird nicht von wirtschaftlicher Vernunft erzwungen, sondern wäre Folge falscher, kurzfristiger politischer Entscheidungen. Um ein Haushaltsloch zu stopfen und kurzfristig an Handlungsfähigkeit zu gewinnen, wird die langfristige unumkehrbare Verarmung der Stadt mit all ihren negativen Folgeerscheinungen in Kauf genommen. Die Last dieses Verkaufs würde einseitig auf den rund 20.000 Menschen abgeladen, die in diesen Wohnungen eine Heimat gefunden haben; er wäre unsozial, ökonomisch unsinnig und nähme der Stadt wichtige Entwicklungsmöglichkeiten. Doch der Verkauf kann von uns allen am 12.11.06 gestoppt werden: mit einem JA für eine langfristige, dauerhafte und gerechte Lösung der Freiburger Finanzprobleme, mit einem JA für den Erhalt der Stadtbau und der städtischen Wohnungen in öffentlichem Eigentum!

Die gespaltene St

HAMBURG. Am 5. Oktober wurde nahe des Rathauses, mitten im Zentrum, die Europa Passage eröffnet, eine „Mega-Shopping-Meile“ mit rund 120 Geschäften auf knapp 30.000 qm Fläche (dazu 34.000 qm „repräsentative Bürofläche“). Dieses neue Zentrum verändert Hamburg wieder ein Stück in Richtung wuchernde Stadt. Dazu fünf Bemerkungen.

1. Der „Trend zurück in die City“, der seit einigen Jahren zu verzeichnen ist, erhält einen kräftigen Schub. Bereits jetzt liegt die Besucherfrequenz in der Hamburger Innenstadt bei ca. 250.000 Menschen pro Tag. Abgesehen von den fünf Millionen Touristen, die Hamburg jährlich besuchen, soll und wird die Europa-Passage die Ausstrahlung der Hamburger Innenstadt auf die gesamte Metropolregion mit ihren vier Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern verstärken, und darüber hinaus bis nach Skandinavien. Das heißt, dass ein noch größerer Teil der Kaufkraft der Metropolregion von der metropolitanen City bzw. den dort ansässigen Filialen der Einzelhandelskonzerne abgeschöpft wird.

Angesichts allgemein rückläufiger oder stagnierender Einzelhandelsumsätze nimmt die Konkurrenz mit den Umlandgemeinden weiter zu. Städte wie Stade oder Lüneburg werden als Einkaufsorte und kleine Zentren des Umlands geschwächt. Aber auch innerhalb Hamburgs dürften sich die Verhältnisse in der bisher stark polyzentrischen Einzelhandelsstruktur – eine Struktur, die dadurch gekennzeichnet ist, dass die Stadtteile in hohem Maße auch Einkaufsorte sind – deutlich zugunsten der City verschieben. Diese Entwicklung geht auf Kosten der Stadtteile.

2. Die City erfährt durch die luxuriöse Europa-Passage eine Aufwertung. Das heißt: Die Bodenpreise geraten in Bewegung und folglich die Mieten für Einzelhandel und Gastronomie in der City. 2005 betragen die Einzelhandelsmieten in 1a-Lagen in Hamburg zwischen 117 und 169 Euro/qm, zum Vergleich: in Stadtteillagen bei 35 bis 55 Euro qm.¹ Für die klassischen, oft inhabergeführten oder mittelständischen Fachgeschäfte und Läden werden die jetzt oft schon enormen Schwierigkeiten, sich in der Innenstadt zu halten, zunehmend unüberwindbar. Die Filialisierung, Ausdruck der Zentralisation und Konzentration des Einzelhandelskapitals, nimmt zu. Die Diversifikation des Einzelhandels und des Angebots nimmt ab.

adt hat eine neue Kathedrale

Das wird sogar bei Karstadt nebenan sichtbar. Der Laden wurde in seinen unteren beiden Geschossen renoviert und aufgestylt, die Parfümerieabteilung zur größten Hamburgs, Deutschlands, Europas, der Welt (jedenfalls zu irgendeinem Superlativ) ausgebaut, anderes aus dem früheren Warensortiment verschwand teils ganz, teils in irgendwelche Winkel (Bücher z.B.). So passt sich der Warenhauskonzern dem „zielgruppengerechten homogenen Gesamtangebot“, wie es in der Sprache des „City-Managements“ heißt, an.

3. Schon im Stadium der Planung und des Baus ging von der Europa Passage großer Druck in Richtung Deregulierung der Ladenschlusszeiten aus. Die ganze Konzeption der „Mega-Shopping-Meile“ ist auf die Abendöffnung ausgerichtet.

4. 200 der knapp 30.000 Quadratmeter sind der Gastronomie vorbehalten, das sind 14% und damit fast doppelt so viel wie in „klassischen“ innerstädtischen Einkaufszentren. Klaus Zorn, der „Chefvermieter“ von der Allianz CenterManagement GmbH, äußerte sich dazu folgendermaßen: „Eine reine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten ohne ein zusätzliches reizvolles Angebot für den Kunden wird diesen kaum zu einem abendlichen Shopping animieren. Diesen Ansatz fanden wir sehr spannend und hatten die Grundvoraussetzung für abendliches Shopping in unse-

rem Vermietungskonzept berücksichtigt.“²

4. Die Nachfrage nach prekären Jobs und übel vergoltener Arbeit wächst. Die Filialisierung des Einzelhandels und die Deregulierung des Ladenschlusses haben, wie Untersuchungen von ver.di zeigen (siehe LB 17/06)*, gravierende Auswirkungen auf die Lohnarbeit. Im Zusammenhang dieser Entwicklung wurden zahlreiche Vollzeitstellen abgebaut, auch Teilzeitstellen wurden vernichtet, während die Zahl geringfügig Beschäftigter im Einzelhandel sich bundesweit innerhalb des letzten Jahrzehnts vervielfachte. Es wird nicht mehr lange dauern, dann wird es im Einzelhandel mehr geringfügig Beschäftigte als Vollzeitbeschäftigte geben. Wer unter www.europa-passage.de nach den Job-Angeboten schaut, stößt auf eine weit überwiegende Nachfrage nach „Aushilfskräften“.

5. Unter www.hamburg-magazin.de findet sich folgende Werbung für die Europa-Passage, die hier ausführlich wiedergegeben werden soll:

„Nirgendwo in Deutschland ist die Lebensqualität so hoch wie in Hamburg. Die Europa Passage wird sie noch weiter steigern – mit europäischem Ambiente und Lifestyle, atemberaubender Architektur und faszinierendem Panoramablick über die Binnenalster! Eine Einkaufswelt auf fünf Ebenen ... Ihr souveränes Konzept ist auf den Smart-Shopper³ aus-

gerichtet: Mode als Ausdruck individuellen Lebensstils, Marken als Statussymbole, Megastores für preisbewusstes Einkaufen. Hier wird der konsumorientierte und anspruchsvolle Kunde bedient. Die Europa Passage – eine Lifestyle-City in der City. Jedes ihrer Geschäfte verkörpert eine unique (diese Wortschöpfung soll wahrscheinlich „einzigartig“ bedeuten – d. Verf.) Erlebniswelt, die dem Kunden wertvolle Inspirationen vermittelt. So avanciert die Europa Passage zu einer interaktiven Kommunikations-Plattform, mit der sich die Menschen identifizieren.“

Dampft man das Werbegeschwätzmäßige ein, bleibt Folgendes: Die Orientierung auf eine zahlungskräftige Kundenschicht mit entsprechenden Stilisierungsvorlieben („Lifestyle“, „Marken als Statussymbole“ usw.) schließt aus, und zwar die, die dieser „konsumorientierten“ Käufergruppe mangels Einkommen und/oder aufgrund eines anderen Lebensstils nicht angehören. Als „wichtigste Zielgruppe attraktiver Innenstädte“ bezeichnen City-Manager und andere Strategen die „junge ‚Erbeneneration‘“, weil sie „sowohl die nötige Kaufkraft als auch die Bereitschaft (besitzt), sich in entsprechender Atmosphäre zum Kauf animieren zu lassen“⁴. Die „Einkaufsatmosphäre“ der Europa-Passage macht die Absicht der Ausschliefung breiter Bevölkerungsteile so handfest, dass einem übel werden kann, wenn man sich aus Versehen oder Neugier dahin verirrt.

So hat Hamburg eine neue Konsum-Kathedrale erhalten, die die Spaltung der Stadt manifestiert und bekräftigt.

scc

1 Siehe Real Estate, Marktbericht Hamburg 2005, www.eurohypo.com/media/pdf/newsletter__marktberichte/Marktbericht_Hamburg_2005.pdf

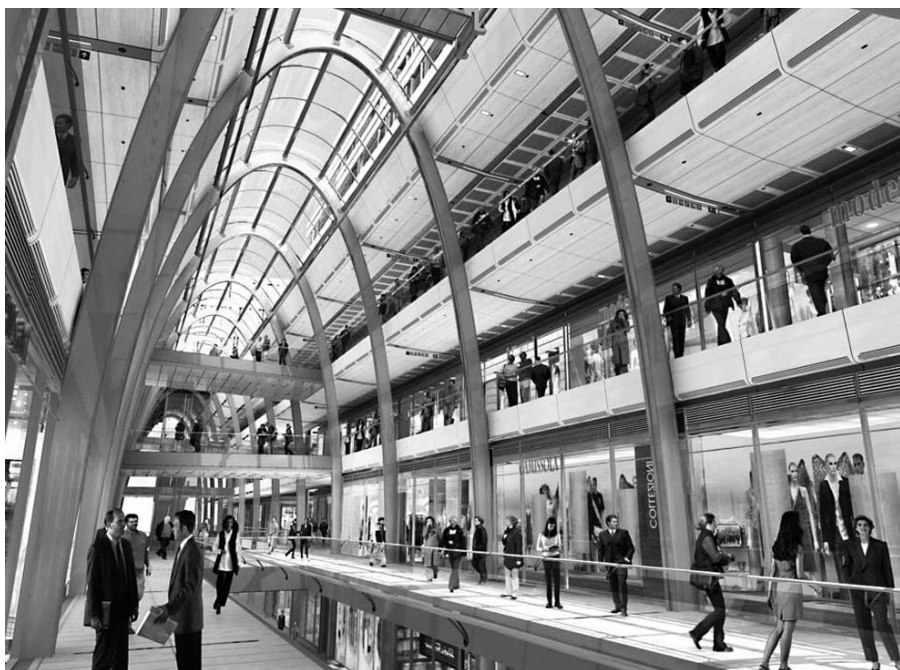
2 www.europa-passage.de

3 Nach Wikipedia sind „Smart Shopper“ Konsumenten, die zwar den Preisvorteil suchen, aber anders als „Schnäppchenjäger“ nicht im niedrigen, sondern im hohen und höchsten Preissegment, also bei exklusiven und hochwertigen Marken.

4 So äußerte sich z.B. der geschäftsführende Gesellschafter der Beratungsgesellschaft SCC Shopping Center Consulting GmbH Düsseldorf in der schon etwas älteren Broschüre eines führenden Immobilienmaklers mit dem Titel „Der City-Einzelhandel schlägt zurück“, Retail Report 2001, www.tu-harburg.de/stadtplanung/html/ab/ab_107/ag_3/publikationen/downloads/JLL%20Retail%20Report%202001.pdf

Derselbe führte zum Thema Ausschliefung beispielhaft aus: Durch die Eröffnung von „Saturn (!) ... auf der Düsseldorfer Kö (eine luxuriöse Einkaufsstraße – Verf.) (wird) ein Publikum angezogen, das zum Ambiente und zur gehobenen Kundenschicht auf der Königsallee einfach nicht passt. Die Einkaufsatmosphäre wird beeinträchtigt ... Solche Brüche im Niveau sind fast so schlimm wie Unterbrechungen im Geschäftsbesatz.“

*Aus: Lokalberichte Hamburg Nr. 22/23, 2006
siehe auch: <http://www.gnn-verlage.com>



Das Bild wurde der Werbeseite für die „Wachsende Stadt“ entnommen: www.wachsende-stadt.hamburg.de

Kampf gegen die Armut:

CHEMNITZ. Die Kommunen ver-langen zum Aufbau eines neuen dritten Arbeitsmarktes gegen Ausgren-zung und neuer Armut besondere fi-nanzielle Unterstützung. Angesichts der leeren kommunalen Kassen sei ein solches Vorhaben ohne zusätzliche Mittel nicht zu schultern, sagte der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes (DStGB), Gerd Landsberg, der Chemnitzer „Freien Presse“. Wer die Armut bekämpfen wol-le, müsse zuerst die Finanzkraft der Kommunen stärken. Nur so könne es eine bessere Kinderbetreuung und Ju-gendarbeit oder die notwendige Quali-fizierungsoffensive für Langzeitar-beitslose geben. Das sei sinnvoller als überflüssige Debatten über angebliche Schichtenzugehörigkeit. Auch der Oberbürgermeister von Zwickau, Diet-mar Vettermann (CDU), forderte für die von Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) gestartete Arbeits-marktinitiative neue Finanzhilfen. An-sonsten bliebe die angekündigte Hilfe für die Langzeitarbeitslosen eine „Sprechblase“. www.dstgb.de

Protest in Bus und Straßenbahn: Leip-zig. „Die Überflüssigen“ in Leipzig nahmen Tiefensees Busbegleiterprojekt aufs Korn. Dass inzwischen jeder mittelmäßige Politiker der Meinung ist, die Arbeitslosengeld-II-Bezieher seien seine persönliche Verfügungsmasse, die für seine mehr oder weniger obskuren Pläne willig zur Verfügung stehen müs-sen, kann nicht länger hingenommen werden – dachten sich „die Überflüssi-gen“ in Leipzig und starteten am 16. Ok-tober ihr Projekt Busbegleiter. Ausge-rüstet mit den roten T-Shirts, Marken-zeichen der Überflüssigen, enterten sie die Linie 60 und machten lautstark ge-gen das Tiefensee-Projekt mobil. Es wurden nicht nur Flugblätter gegen die Ein-Euro-Jobs verteilt, es wurde auch im Rollenspiel die Aufgaben der zu-künftigen Busbegleiter kabarettreif auf die Schippe genommen. Schnell kamen die Aktivisten mit den Fahrgästen ins Gespräch und stellten befriedigt fest, dass sie kaum gegen die Ein-Euro-Jobs argumentieren mussten und bei den allermeisten Bürgern mit dieser Aktion offene Türen einrannten. Und nicht we-nige der Berufspendler nutzten die Ge-legenheit, ihrem Unmut über die Poli-tik der letzten Jahre freien Lauf zu las-sen. Das gleiche Bild, als die Aktion im nachmittäglichen Berufsverkehr wiederholt wurde. Auch die durchweg positive Reaktion der Fahrgäste auf die Forderung nach sozialversicherungs-pflichtigen Beschäftigungsverhältnis-sen und einem Sozialticket in Leipzig war so nicht erwartet worden. Für die Überflüssigen in Leipzig war diese Ak-

tion jedenfalls nur der Anfang, sie wis-sen, dass es wichtig ist weiterzumachen, denn so langsam sollte Schluss damit sein, dass wir uns alles gefallen lassen, was sich Politiker so ausdenken, um die Erwerbslosen zu schikanieren und zu drangsaliieren. www.tacheles.de

Zuschuss zu Unterkunftskosten anhe-ben: FRANKFURT (ODER). Die Oberbür-germeister der kreisfreien Städte aus den neuen Ländern haben an den Bund appelliert, sein Angebot zur Bundesbe-teiligung an den Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose deutlich zu erhö-hen. „Nach dem Hartz-IV-Gesetz müs-sen die Kommunen um 2,5 Milliarden Euro jährlich entlastet werden. Diese Zusage kann nur eingehalten werden, wenn der Bund dafür genügend Mittel bereitstellt“, sagte der Hauptgeschäfts-führer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus, im Anschluss an die 30. Konferenz der Oberbürgermeister der kreisfreien Städte in den neuen Ländern in Frankfurt (Oder). Statt der 2006 vorgesehenen rund 4 Milliarden Euro Bundesbeteiligung seien ab dem Jahr 2007 nach einer gemeinsamen Da-tenerhebung von Ländern und Kom-munen 5,8 Milliarden Euro erforderlich, um die versprochene Entlastung zu er-reichen. „Die Städte müssen für ihre Haushalte 2006 Planungssicherheit ha-ben. Deshalb wünschen sie sich eine ra-sche Einigung. Der Bund muss sich ei-nen Ruck geben und den soliden Daten von Ländern und Kommunen folgen“, so Articus. Denn selbst die von den Län-dern genannte mögliche Kompromissli-nie bei 4,7 Milliarden Euro wäre für die Städte schmerzlich. Die Entlastung der Kommunen sei mit den Vorstellungen des Bundes bei weitem nicht, aber mit 4,7 Milliarden Euro auch nicht voll zu erreichen. www.staedtetag.de

Bessere Behandlung der Asylbewerber: OLDENBURG. Die Fraktion Die Linke. Ol-denburg stellt dazu folgenden Be-schlussantrag: Der Rat der Stadt Ol-denburg unterstützt die Forderungen der Asylbewerber im ZAAB Blanken-burg und fordert die Landesregierung auf, den Flüchtlingen eine menschen-würdige Behandlung zuteil werden zu lassen, anstatt ihnen mit repressiven Maßnahmen, die nur die „freiwillige“ Ausreise dieser Flüchtlinge zum Ziel hat, den Aufenthalt hier zu verleiden. Mit ihrem Streik setzen sich die Flücht-linge gegen eine Lagerrealität zur Wehr, die von ihnen nur als übermäßige Kon-trolle, Entwürdigung und Zermürbung empfunden werden kann. Es sollen Geldleistungen für den Erwerb von Le-bensmitteln zur Verfügung gestellt wer-den und Kochgelegenheiten in dem ZAAB Blankenburg geschaffen werden,

da das Kantinenessen kulturelle Ge-wohnheiten nicht ausreichend berück-sichtigt und vor allem unter Sparzwän-gen bereitgestellt wird. Den Flüchtlin-gen soll ein möglichst selbst bestimm-tes Leben ermöglicht werden. Das Per-sonal soll die Flüchtlinge freundlich und un-rassistisch behandeln. Es soll die aus medizinischer Sicht erforderliche Krankenbehandlung erfolgen und eine ausreichende Medikamentenversor-gung gewährleistet sein, nicht nur Schmerzbehandlung oder die Behand-lung akuter Notfälle. Ausreichende und geeignete Materialien zur Kinderpfle-ge. Waschmaschinennutzung so oft wie möglich nicht nur nach Termin. Eine Busverbindung jede Stunde von und nach Blankenburg. Für Asylbewerber soll eine Fahrpreismäßigung auf der Linie 316 eingerichtet werden, um die Integration dieser Flüchtlinge zu ver-bessern und kulturelle Bereicherung Oldenburgs möglich zu machen. Kein Transfer nach Bramsche in die ZAAB („Ausreisezentrum“ laut Zuwande-rungsgesetz). Der Rat der Stadt Olden-burg setzt sich außerdem bei der Bun-des- und Landesregierung für die Mög-lichkeit einer Arbeitserlaubnis und de-zentrale Unterbringung in Wohnungen ein. www.linksfraktionoldenburg.twoday.net

Hände weg von den bayerischen Nah-verkehrstöpfen: MÜNCHEN. Der Vor-stand des Bayerischen Städtetags stell-te fest, dass die Finanzierung der Trans-rapid-Strecke und die Trassenführung vom Münchner Hauptbahnhof zum Flughafen keinesfalls zu Lasten der An-bindung des Flughafens an den Nah- und Fernverkehr durch S-Bahnen und Regional- und Fernzüge sowie ebenso wenig zu Lasten des sonstigen Schie-nenpersonennahverkehrs in Bayern ge-hen darf. Als Beispiele für die beklag-enswerte Situation im Regionalver-kehr auf der Schiene nannte der Städ-tetagschef die schlechte Eisenbahnver-bindung Passau-München, den fehlen-den viergleisigen Ausbau der Strecke München-Augsburg oder die Defizite beim Nahverkehr in den Regionen Augsburg, Ingolstadt und Regensburg. Dazu kommt, dass mangels Geld der Re-gionalverkehr in vielen Landesteilen Bayerns nicht weiter ausgebaut werden kann. Schaidinger: „Bevor wir uns Milliardenausgaben zuwenden, sollten wir unsere Hausaufgaben beim Nah-verkehr für ganz Bayern in Angriff neh-men“. Hintergrund für die Warnung des Städtetags ist die gewaltige Finanze-rungslücke beim Transrapid. Zugleich gibt der Bundesverkehrsminister Wolf-gang Tiefensee der Münchner Trasse nur dann eine Chance, wenn Bayern seinen Finanzierungsanteil deutlich aufstockt. www.bay-staedtetag.de

Thyssen-Krupp-Wohnungen an REIT weiterverscherbelt: ESSEN. Im Jahr 2004 waren die in der ThyssenKrupp-Immobilien AG zusammengefassten ehemaligen Werkwohnungen von Krupp und Thyssen an ein Konsortium aus dem US-amerikanischen Großinvestor Morgan Stanley Real Estate Funds und dem deutschen Sparkassen-Konstruktiv-Corpus veräußert worden. Im Unterschied zu dem Verkauf der ehemaligen Vitrera (auch sie kontrollierte ehemalige Werkwohnungen von Thyssen) an Terra Firma/Annington waren im Zuge dieses Verkaufes keinerlei Absicherungen für Mieter und Beschäftigte vereinbart worden. Auch Belegungsrechte wurden nicht gesichert. Nicht einmal ein Jahr nach dem Verkauf begann der neue Eigentümer (neuer Name: Immeo) mit dem Einzelverkauf zahlreicher Arbeiterhäuser in Essen und Mülheim an Mieter und andere Interessierte. Dagegen organisierten die Mieter Protestversammlungen und Demonstrationen. Aber spekulative Anleger lässt so etwas kalt. Weil die Verkäufe der Arbeiterhäuser zum Teil nicht mit einer Umwandlung in Wohnungseigentum verbunden sind, gelten keine besonderen Kündigungssperrfristen. Der neue Eigentümer kann sofort Eigenbedarf anmelden. Aus der Mülheimer Siedlung „Heimaterde“ wird über mehrere Eigenbedarfskündigungen und Verdrängungen langjähriger Mieter berichtet. Neben den Einzelprivatisierungen kam es auch zu Blockverkäufen an andere Weiterverwerter. Der größte Batzen – rund 5500 Wohnungen in Düsseldorf – ging im Jahr 2005 an den französischen Anleger „Foncière des Régions“. Dieser ist Hauptaktionär des in Metz residierenden Foncière Développement Logements (FDL), der jetzt die 5500 Wohnungen von „Foncière des Régions“ und – für 2,1 Mrd. Euro – die noch verbliebenen 40.000 Wohnungen von Immeo übernimmt. FDL ist ein französischer REIT (SIIC), also eine börsennotierte Immobilien-AG, die auf der Unternehmensebene von Steuern befreit ist. Die Transaktion an den französischen REIT wird in der Wirtschaftspresse als Argument für die zügige Zulassung deutscher REITs verwendet. Aus Sicht von Mieterforum Ruhr zeigt das Geschäft dagegen, wie sehr die internationalen Spekulanten auf den schnellen Umstieg in REITs setzen. Die Zulassung von deutschen REITs würde den Prozess nur beschleunigen und zahlreiche öffentlich verbundene Wohnungen gefährden. Am 2. Dezember wollen Mieter gegen diesen Verkauf und seine Auswirkungen in Essen demonstrieren. www.mieterforum-ruhr.de (Zusammenstellung: ulj)

Stuttgart Untertürkheim

Streit um Wochenendarbeit bei Daimler zwischen Werksleitung und Betriebsrat ...

In der Achsfertigung im Werk Untertürkheim gab es Auseinandersetzungen um die Einführung von Wochenendschichten im Zusammenhang mit zusätzlichen Fertigungen im Konzernverbund mit Chrysler. Die Geschäftsleitung wollte freie Hand, die IG Metall oppositionellen Betriebsräte wollten Wochenendarbeit aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnen. Wir dokumentieren zunächst aus dem „Scheibenwischer“ der IG Metall Betriebsräte und aus einem Extrablatt der „alternative“ von oppositionellen Betriebsräten.

Schwierige Verhandlungen um Zusatzgeschäft

Der Betriebsrat hat mit den Stimmen der IG Metall-Betriebsräte den Vereinbarungen zum Zusatzgeschäft für Chrysler endgültig zugestimmt. Unmittelbar vor der Sommerpause hatten sich Betriebsrat und Werksleitung im letzten Moment über entsprechende Regelungen verständigt, nachdem die Werksleitung schon das Scheitern der Verhandlungen verkündet hatte. Durch die Produktion des Hinterachsgetriebes für Chrysler werden nun 400 Arbeitsplätze in PAC in den nächsten Jahren gesichert.

Zusatzgeschäfte in Untertürkheim helfen Beschäftigung zu sichern

Zusatzgeschäfte sind im Werk Untertürkheim nichts Neues. Seit langem werden Produkte nicht nur für Mercedes Pkw, sondern auch für andere Sparten im Konzern wie Chrysler und sogar für andere Fahrzeughersteller wie Porsche oder Ssang-Yong gefertigt (so genannte La2/La3 Lieferungen). Bereits heute hängen von diesen Lieferungen etwa 500 Arbeitsplätze ab. Zusatzgeschäfte tragen damit auch zur Beschäftigungssicherung im Werk bei, weil die

Abhängigkeit vom Mercedes Pkw-Programm geringer wird. Beim Personalabbau wären im Werk Untertürkheim sicherlich mehr Stellen weggefallen, gäbe es diese Zusatzproduktion nicht. Wenn der Mercedes Pkw-Absatz wie in den vergangenen Jahren eher stagniert und die ursprünglich erwarteten Verkaufsteigerungen ausbleiben, wird die Bedeutung von Zusatzgeschäften weiter zunehmen. Denn die angestrebten Rationalisierungsfortschritte von ca. sieben Prozent im Jahr gefährden bei gleichen Verkaufs- und damit Produktionszahlen immer mehr Arbeitsplätze. Schon heute liegt die Auslastung der Hinterachsgetriebeproduktion bei nur etwa 13 statt der vorgesehenen 15 Schichten. Schon allein deshalb ist die Hereinnahme der zusätzlichen Chrysler-Produktionsumfänge sinnvoll und wichtig. Aber auch grundsätzlich ist die Produktion des Hinterachsgetriebes für Chrysler in Mettingen bedeutsam. Denn es wäre fatal, entstünde in den USA ein zweiter großer Produktionsstandort für dieses Produkt. Die Gefahr wäre groß, dass auch Hinterachsgetriebe für Mercedes Fahrzeuge dort gefertigt könnten und sich dadurch eine neue Standortkonkurrenz im Konzern entwickeln würde.

Betriebsrat sagt Planungssicherheit zu

Klar ist, dass Zusatzgeschäfte die Auslastung der Anlagen erhöhen sollen und deshalb zusätzliche Schichten oberhalb des Mercedes-Programms erfordern. Dies macht es für das Unternehmen so attraktiv, weil auf den vorhandenen Anlagen mehr produziert wird und dadurch zusätzliche Investitionen weitgehend vermieden werden. Dies ist der Preis, den die Belegschaft für die zusätzliche Beschäftigung zahlt. Die

... und im Betriebsrat

Vor den Sommerferien verkündete der BR-Vorsitzende H. Lense in einer Versammlung vor dem Betriebsratsbüro, dass die Vereinbarung auf das Hinterachsgetriebe begrenzt bleibt. Wie in letzter Zeit häufiger geschehen, hielt auch diese Versprechung nicht sehr lange. Jetzt soll nämlich die Vereinbarung auch bei der Seitenwellenproduktion angewendet werden. In der Gießerei gibt es auch schon Ankündigungen der Werksleitung für LA2/LA3-Wochenendarbeit. In Zukunft sollen außerdem Mercedes-Motoren in Chrysler-Fahrzeuge eingebaut werden. Wenn wir uns also nicht gleich zu Beginn dagegen wehren, wird das freie Wochenende bald

die Ausnahme sein. – Dass Herrn Kasper (Centerleiter) unsere Position gegen die Ausdehnung der Wochenendarbeit nicht gefallen wird, damit haben wir ja schon gerechnet. Als er dann aber in seinem Bericht ein Loblied auf die kooperationsbereiten Betriebsräte der IGM-Liste anstimmte, waren wir schon etwas überrascht. „Es waren zwar schwierige Verhandlungen, aber letztendlich gibt es ja auch Betriebsräte, mit denen vernünftige Ergebnisse erzielt werden können.“ Und: „Mit einer alternative-Mehrheit im Betriebsrat hätten wir es deutlich schwerer.“ Vielen Dank, Herr Kasper, für die offenen, ehrlichen Worte.

Aus alternative, Extrablatt fürs Daimler-Werk Mettingen

Werkleitung wollte zudem für das Zusatzgeschäft für Chrysler auch eine langfristige Planungssicherheit. Obwohl in der Vergangenheit auf die Untertürkheimer Belegschaft immer Verlass war, wurde eine langfristige, verbindliche Zusage vom Betriebsrat eingefordert. Der Betriebsrat hat in den Verhandlungen deshalb von Anfang an zu verstehen gegeben, dass er zu entsprechend notwendigen Zusicherungen bereit ist.

Inakzeptable Forderungen und sture Haltung der Werkleitung

Insoweit wären die Verhandlungen um das Zusatzgeschäft für Chrysler völlig undramatisch verlaufen, hätte die Werkleitung nicht weitere, völlig inakzeptable Forderungen gestellt, die mit der Produktion des Hinterachsgetriebes überhaupt nichts zu tun haben. Schon im Juni in der Betriebsversammlung machte Werkleiter Volker Stauch deutlich, dass er ein exibles Arbeitszeitmodell mit bis zu 18 Schichten ohne Zuschläge für das ganze Werk wollte. Und warum bei Überzeiten und zusätzlichen Schichten jedes Mal den Betriebsrat um Zustimmung bitten müssen? Warum immer alles auf freiwilliger Basis? Und dann gar noch die betroffenen Beschäftigten fragen müssen! Die Werkleitung hätte es lieber so: Einfach anordnen, die Beschäftigten parieren und machen, was man ihnen sagt. Basta! Mit den Verhandlungen um das Zusatzgeschäft sah die Werkleitung endlich ihre Stunde gekommen, ihre eigenwilligen Vorstellungen von Betriebskultur umzusetzen.

Zick-Zack-Kurs

Entsprechend schwierig gestalteten sich die Verhandlungen. Der Betriebsrat hat immer deutlich gesagt, dass es keine Verhandlungslösung geben kann, wenn die Werkleitung auf ihren inakzeptablen Forderungen beharrt. Unterstützung erhielt der Betriebsrat dabei unter anderem von den betroffenen Kolleginnen und Kollegen in PAC, die in einer Informationsveranstaltung der IG Metall ihrem Unmut gegenüber der Blockadehaltung der Werkleitung Ausdruck verliehen. Immer wieder drängte der Betriebsrat darauf, eine für beide Seiten akzeptable Verhandlungslösung zu erreichen. Aber immer wieder wurden Verhandlungsstände, die an einem Tag erzielt wurden, am nächsten Tag durch die Werkleitung wieder in Frage gestellt. Nachdem dann endlich ein Ergebnis erzielt wurde, mit dem die geforderte Planungs- und Liefersicherheit aus Sicht der Werkleitung und des Betriebsrates gewährleistet war, verkündete die Werkleitung am folgenden Tag wieder das Scheitern der Verhandlungen.

Trotz dieser Erklärung und des Zick-Zack-Kurses der Werkleitung drängte der Betriebsrat unbeirrt weiter und am

Ende erfolgreich auf eine Verhandlungslösung.

Beteiligung der Betroffenen bleibt erhalten

Im Kern sieht die nun getroffene Vereinbarung folgendes vor:

Ab April 2008 werden zusätzlich zu den Mercedes Umfängen in PAC/ACH und PAC/GFA auch Hinterachsgetriebe für Chrysler gefertigt.

Wenn das Volumen der zu fertigenden Hinterachsgetriebe drei zusätzliche Schichten erfordert, werden diese durch eine neue Schichtgruppe in Form einer Wochenendschicht geleistet. Nach den heutigen Planungen ist damit ab Ende 2009 zu rechnen und führt ab diesem Zeitpunkt zur zusätzlichen Beschäftigung von 400 Kolleginnen und Kollegen.

Werden zuvor eine 16. Schicht (Sonntag-Nachtschicht) bzw. eine 17. Schicht (Samstag-Frühschicht) erforderlich, vereinbaren Arbeitsgruppen aus Mitarbeitern, Betriebsrat und Führungskräften die Form der Durchführung. Dazu gibt es zwei Möglichkeiten: Zum einen können die zusätzlichen Schichten wie bisher meist üblich als Überzeit mit Zuschlägen durchgeführt werden. Dadurch wird aber in diesem Zeitraum auch kein zusätzliches Personal aufgebaut.

Zum anderen besteht die Möglichkeit, sich für ein neues Arbeitszeitmodell zu entscheiden, bei dem zusätzliches Personal in die Gruppe kommt und in einem rollierenden Freischichtplan alle Mitarbeiter in der Frühschicht zwischen Montag und Samstag jeweils nur vier Tage arbeiten. Da in der Spätschicht keine zusätzliche Schicht gefahren wird, ändert sich in der Spätschicht-Woche nichts.

Für die Nachtschicht gilt die gleiche Option wie für die Frühschicht-Woche (Überzeit oder Arbeitszeitmodell mit zusätzlichem Personal).

Werden die zusätzlichen Schichten im Rahmen eines Arbeitszeitmodells durchgeführt, erhalten die Mitarbeiter jeweils in der Woche mit der zusätzlichen Schicht einen Flexibilitätsbonus in Höhe von 45 Euro.

Im Falle, dass die Arbeitsgruppe zu keiner Einigung kommt, werden Werkleitung und Betriebsrat hierüber eine verbindliche Entscheidung treffen.

Die Ausgestaltung des optionalen Arbeitszeitmodells werden die IG Metall-Betriebsräte unter Einbeziehung der betroffenen Mitarbeiter jetzt mit dem Personalbereich vereinbaren.

Ideologen im und am Werk

Deutlich wurde an den Verhandlungen, wie gefährlich ideologisch motiviertes Handeln bei der Suche nach tragbaren Lösungen und fairen Kompromissen ist. Dies gilt gleichermaßen für die Werkleitung und einige besonders eifrige Führungskräfte wie auch für diejenigen

Betriebsräte, die sich gern als „Opposition“ verstehen möchten. Da haben die einen die Nase voll von der Mitbestimmung und Beteiligung der Beschäftigten und wollen endlich die Bastionen des Betriebsrates und der Belegschaft schleifen. Mit völlig unakzeptablen und überzogenen Forderungen verzögerte und gefährdete die Werkleitung lange Zeit die Chancen für zusätzliche Beschäftigung im Werk. – Die Betriebsräte, die sich gern als „Opposition“ verstehen, dagegen skandieren „Verrat, Verrat!“ und sehen den „totalen Zugriff der Firma“ über die Zeit der Beschäftigten. Und wie so oft waren sich die Betriebsräte der „alternative“, der CGM, der Unabhängigen und der MLPD bei der Ablehnung des Verhandlungsergebnisses mal wieder einig. Wäre es nach ihnen gegangen, wäre das Zusatzgeschäft nicht zustande gekommen und gäbe es in PAC zukünftig kein zusätzliches Beschäftigungsvolumen von 400 Arbeitsplätzen. So mancher dieser Betriebsräte vertritt gar die Auffassung, die Arbeitsplätze sollten lieber in den USA statt in Mettingen geschaffen werden. Für die Belegschaft und die Beschäftigungsperspektiven am Standort Untertürkheim verheißt dies nichts Gutes. Wenn Scharfmacher auf beiden Seiten kompromisslos ihre ideologischen Gesinnungen und Ziele verfechten, werden Verhandlungen mit dem Ziel eines fairen Interessenausgleiches immer schwieriger. Ernsthafte Verhandlungen setzen voraus, den Verhandlungspartner zu akzeptieren. Wer aber das Ziel verfolgt, sein Gegenüber zu vernichten, ist an fairen, für beide Seiten tragbaren Lösungen von vornherein nicht interessiert. Trotz dieser widrigen Umstände hat sich die IG Metall dennoch beharrlich für das Zustandekommen des Zusatzgeschäftes mit Chrysler eingesetzt und letztlich eine Vereinbarung erreicht, mit der zusätzliche Beschäftigung im Umfang von 400 Arbeitsplätzen in PAC geschaffen wird. Die Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall haben in der Auseinandersetzung eine klare, lösungsorientierte Linie verfolgt und zugleich Wort gehalten: Der Samstag wird kein Regelarbeitstag; das Mercedes-Programm wird weiterhin auf Basis von maximal 15 Schichten geplant. Mit der Unterstützung aus der Belegschaft wurde eine generelle Ausweitung der Betriebsnutzungszeit verhindert. Die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates und die Beteiligung der Beschäftigten über die Arbeitsgruppen zur „Programmerfüllung“ haben weiterhin Bestand. Die Betriebsräte der IG Metall werden sich auch in Zukunft weiterhin konsequent für die Sicherheit der Arbeitsplätze und zusätzliche Beschäftigung am Standort Untertürkheim einsetzen.

Aus: Scheibenwischer, Nr. 234/September-Oktober 2006

Anschluss an den neuen Flächentarif

Bei Erscheinen dieser Zeitschrift ist die zweite Urabstimmung an der Berliner Charité gerade zu Ende gegangen. Das Ergebnis ist uns noch nicht bekannt, jedoch scheint eine Zustimmung sicher. Bereits in der vergangenen Woche hat die ver.di-Tarifkommission das Ergebnis der Tarifverhandlungen an der Charité Berlin mit großer Mehrheit angenommen.

Nach Einschätzung des Verhandlungsführers, Georg Güttner-Mayer, finden sich viele Punkte aus dem Forderungskatalog in dem ausgehandelten Ergebnis wieder. Als großen Erfolg sieht er insbesondere die wiederhergestellte Tarifbindung der Charité an. Die Verhandlungsergebnisse, die in einem Eckpunktepapier festgehalten sind (siehe Kasten), müssen jetzt in weiteren Verhandlungen muss der Tarifvertrag formuliert und redaktionell bearbeitet werden.

Ab 1. Januar 2007 gilt der größte Teil des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) für alle Beschäftigten der Charité. Weiter sei erreicht worden, dass für die geplanten Umstrukturierungsmaßnahmen der Charité der Arbeitgeber dem Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis Ende 2012 zugestimmt habe. Die Organisationsmaßnahmen innerhalb der Charité werden durch eine in einem gesonderten Tarif-

vertrag eingesetzten Personal Service- und Management Agentur begleitet.

Finanziell gibt es ab 1. Januar 2007 Verbesserungen, indem die Einkommen schrittweise erhöht werden. Insgesamt beinhalten die Schritte eine Erhöhung um 4,4 Prozent. Das entspricht dem Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst aus dem Jahre 2003, der für die Charité nicht galt. Die Erhöhung an der Charité soll nach dem jetzt ausgehandelten Ergebnis in drei Stufen ab Januar 2007 nachgeholt werden. Als Gegenleistung für die Beschäftigungssicherung bis 2012 wird eine Kürzung beim Weihnachtsgeld vorgenommen, niemand wird aber finanziell schlechter gestellt. Zum 1. Januar 2009 werden die Beschäftigten in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes auch im Entgeltbereich übergeleitet. Weiter sind die bisherigen unterschiedlichen Arbeitszeiten ab 2007 einheitlich auf 39 Stunden wöchentlich für alle Beschäftigten geregelt worden. Der neue Tarifvertrag läuft bis zum 31.12.2010. Nach jahrelangen unterschiedlichen Arbeitsbedingungen, so die Einschätzung von ver.di, sei es gelungen, alle Ungleichbehandlungen mittelfristig zu beseitigen. Über die verhandelten Punkte muss noch der Aufsichtsrat der Charité beschließen. *har*

Quelle: Pressemitteilung und Flugblatt des FB 3, ver.di, Bezirk Berlin

DIHK und BGA verlassen Ost-
ausschuss. *FAZ, Mo. 23.10.06.* Der stv. Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, K. A. Dercks, sagte, für den DIHK, der mit seinen Außenhandelskammern über ein Netzwerk im Ausland verfüge, sei es wichtiger, sich hierauf zu konzentrieren, um mittelständischen Unternehmen den Marktzutritt in Osteuropa zu erleichtern. Das Delegiertenbüro des DIHK in Moskau werde auch bald in eine Außenhandelskammer umgewandelt. Der Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft berücksichtige die mittelständischen Interessen nicht mehr ausreichend. Mit dem Austritt der beiden Verbände verliert der 1952 als Vertrags- und Gesprächspartner für die damaligen Ostblockstaaten gegründete und zeitweise vom früheren DIHT-Präsidenten W.v. Amerongen geleitete Ostausschuss an Bedeutung. In ihm sind neben acht Verbänden rund 70 Einzelunternehmen vertreten, die über besondere Geschäftskontakte mit Russland und osteuropäischen Staaten verfügen.

Handel will Zuschläge am Abend abschaffen. *FAZ, Mi. 25.10.06.* Der Einzelhandel will im Zuge der weiteren Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten die Lohnzuschläge für Arbeitszeiten nach 18.30 Uhr neu regeln. Der Einzelhandel sei die einzige Branche in Deutschland, in der schon in den frühen Abendstunden Zuschläge gezahlt würden. So H. Pellengahr, Sprecher des Hauptverbandes des deutschen Einzelhandels. Derzeit werden nach 18.30 Uhr Zuschläge von 20 Prozent in Form von Zeitgutschriften von 12 Minuten je Stunde gewährt. Die Verdi-Sprecherin C. Ha betonte, die Gewerkschaft gebe keine Zustimmung zur Streichung dieser Zuschläge, Verkäuferinnen seien, zumal meist in Teilzeit beschäftigt, auf jeden Euro angewiesen.

Erlass der Erbschaftsteuer bei erfolgreicher Fortführung des Betriebs. *FAZ, Do. 26.10.06.* Die Steuer auf das produktive Vermögen soll zinslos gestundet werden und dann mit jedem Jahr der Unternehmensfortführung zu einem Zehntel erlassen werden, das sieht der Gesetzentwurf zur Erleichterung der Unternehmensnachfolge vor. Entscheidendes Kriterium ist, dass der Betrieb in einem vergleichbaren Umfang über zehn Jahre fortgeführt wird. Damit erhalten die Unternehmensnachfolger den notwendigen Spielraum für betriebswirtschaftlich notwendige Entscheidungen, so Wirtschaftsminister M. Glos. Im Kern müssten aber auch die Arbeitsplätze des übertragenen Betriebes erhalten bleiben. BDI-Präsident J. Thumann sprach von einem lang erwarteten positiven Signal für den Mittelstand und für Familienunternehmen.

Presseauswertung: rst

Die Eckpunkte des Verhandlungsergebnis:

1. Lineare Tarifierhöhungen werden wie folgt vereinbart: zum 1.1.2007 um 2,4 % - zum 1.10.2007 um 1 % - zum 1.07.2008 um 1 %

2. Lebensaltersstufen und Bewährungsaufstiege. Lebensaltersstufen und Bewährungsaufstiege werden ab 1.1.2007 auch für die Gruppe der AVR-Beschäftigten gewährt. Die Lebensaltersstufensteigerungen werden im Jahre 2007 und 2008 für alle Gruppen einmalig halbiert. (wie Potsdam 2003)

3. Überleitung in den TVöD-Bund. Die mantelvertraglichen Regelungen des TVöDBund (incl. des besonderen

Teils Krankenhäuser) gelten ab 1.1.07 in der aktuellen Fassung mit Ausnahme des Abschnitts 3 sowie des § 51 BTK, diese werden ab 1.1.09 im Zeittakt nach TVÜ umgesetzt. Für die klinisch tätigen Ärzte wird eine Übergangszeit für Arbeitszeitregelungen längstens bis zum 31.12.2007 vereinbart. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 39 Wochenstunden. Dies gilt nicht für Beschäftigte, die zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses Tarifvertrages in einem Altersteilzeitverhältnis stehen.

4. Arbeitszeitverkürzungstag. Der freie Tag nach § 15a BAT entfällt ab dem 01.01.2007 (wie Potsdam 2003)

5. Zuwendung und Jahressonderzahlung. Die Zuwendung nach ZuwendungsTV beträgt ab 2007 (in v.H. der bisher gezahlten Zuwendung):

Die Jahressonderzahlung nach TVöD beträgt ab 2009 (in v.H. der in § 20 TVÜ vorgesehenen Jahressonderzahlung):

	West	Ost	AVR
2007	63% + 250 EZ	63% + 100 EZ	10%
2008	63%	63%	20%

	West	Ost	AVR
2009	45% + 100% Urlaubsgeld	45% + 100% Urlaubsgeld	30% + 100% Urlaubsgeld
2010	45% + 150 EZ im April + 150 EZ im Juli	45% + 150 EZ im April + 150 EZ im Juli	45% + 150 EZ im April + 150 EZ im Juli

6. Flexibilisierung und Kündigungsschutz. Auf Basis des von der Charité vorgelegten Entwurfs „Tarifvertrag zur Sozialverträglichen Begleitung von Restrukturierungsmaßnahmen der Charité“ wurde grundsätzlich Einvernehmen über Maßnahmen eines sozialverträglichen Personalanpassung erzielt unter Einschluss von Kündigungseinschränkungen. Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis mindestens 31.12.2012.

7. Verhandlungsverpflichtung. Im Jahr 2010 wird unter Beachtung der dann geltenden charité-spezifischen Bedingungen über die Höhe der Jahressonderzahlung und

über die Regelungen zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses für die Zeit ab 2011 unter der Voraussetzung verhandelt, dass gleiche Bedingungen für alle Beschäftigten herbeigeführt werden.

8. Andere Tarifverträge. Ergänzend werden die Tarifverträge Altersteilzeit, AZUBI/Praktikanten/Schüler und VBL vereinbart. Für die Entgeltumwandlung werden separate Tarifverhandlungen aufgenommen.

9. Laufzeit. Die Laufzeit des Tarifvertrages beginnt am 01.01.2007 und endet am 31.12.2010, der § 4 Tarifvertragsgesetz findet Anwendung.

Auf dem Weg zur neuen Linkspartei in der Bundesre- publik Deutschland

Am 22. Oktober trafen sich die Vorstände von WASG und Die Linke.PDS. Sie erarbeiteten **Antragsentwürfe** zu – Programmatischen Eckpunkten – Bundessatzung der Partei Die Linke – Bundesfinanzordnung – Beitragstabelle – Zeitplan.

Auf einer gemeinsamen Vorstandssitzung am 10. Dezember sollen dann die Entwürfe überarbeitet und dann als **Anträge** an die beiden Parteitage verabschiedet werden. Danach können Änderungsanträge dann nur noch in die Anträge eingearbeitet werden, wenn sie auf beiden Parteitagen eine Mehrheit finden.

Lothar Bisky erklärte nach der Vorstandssitzung in einem Brief an alle Mitglieder der Linkspartei.PDS:

Die Programmtische Eckpunkte sind auch in ihrer dritten Fassung kein fertiges Programm. Die Hinweise aus Basisorganisationen, Kritiken des Programmkonvents und viele Einsprüche aus Strömungen sind eingearbeitet. Das Ergebnis sind Grundlinien für einen politischen Richtungswechsel hin zu mehr Gerechtigkeit und auch offene Fragen, an die die neue Partei anknüpfen wird, wenn sie sich ihr Programm gibt.

Wir Mitglieder der Linkspartei.PDS haben das Chemnitzer Programm, die Einheit von Freiheits- und sozialen Rechten in die Wagschale geworfen. Die WASG hat ihre Ideen zur Umgestaltung des Sozialstaates, zur Schaffung von Arbeit in die Eckpunkte eingebracht. Wir verstehen uns als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten und wir haben diese Vision, dieses Projekt gesellschaftlicher Veränderungen in die programmatischen Grundlinien eingraviert. Dies gehört zum Charakter der neuen Partei, zur Auseinandersetzung um gesellschaftliche Debatten, in denen deutlich wird, dass der entfesselte Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist.

Um in Ost und West linke Politik tragfähig zu gestalten, haben wir die positiven Erfahrungen mit den AG und IGs und Regularien aus beiden Parteien für demokratische Entscheidungsfindungen durch die Mitglieder in den Entwurf des Statuts eingearbeitet. Wir haben gleiche Augenhöhe in der Parteibildung vereinbart. Dies verlangt, die Unterschiedlichkeit produktiv zu machen, Parität für die Mitglieder aus Ost und West mit Übergangsregelungen zu gewährleisten. Damit zeigen wir, dass wir die Lernprozesse der Pluralität, die gesamtdeutsche Verantwortung in der neuen Partei ernst nehmen und zwar nicht nach dem Vorbild der deutschen Wiedervereinigung, sondern diskrimi-

nierungsfrei für die hoffentlich schnell wachsende Zahl unserer Mitglieder insbesondere in den alten Bundesländern. Was die Zeiträume der Übergangsregelungen betrifft, bin ich Realist und sage mit meiner Lebenserfahrung, dass die Mühen der Ebene auf dem Wege zu einer gesamtdeutschen Partei ihre Zeit brauchen, auch wenn ich es mir anders wünschte.

Die nächste Station für die Verabschiedung der vorliegenden Dokumente ist der Parteitag am 24. und 25. März. Danach entscheidet ihr, jedes Mitglied, in einer Urabstimmung über das, was jetzt gemeinsam qualifiziert wird.

Die Gründungsdokumente sind wichtige Voraussetzungen für die Parteineubildung. Bei aller Streitlust um einzelne Formulierungen, um Punkt und Komma, dürfen wir aber nicht vergessen: Die Menschen messen uns nicht an unseren Papieren, sondern an unserer praktischen Politik, auf der Strasse, in der Kommune, im Bundestag, in den Landtagen, in Europa, gemeinsam mit unseren Freunden in der europäischen Linkspartei. Wir müssen der herrschenden Politik bei der Gesundheitsfinanzierung, der mangelnden Chancengleichheit in der Bildung, der schleichenden Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, bei der Debatte um wachsende Armut den Spiegel vorhalten. Armut bekämpft man nicht allein mit Geld. Bildung für alle, Jugendklubs statt Leerstand, sozialer Zusammenhalt und gegenseitige Ermutigung nach Perspektiven und Auswegen zu suchen, da können und da sollen wir Mitglieder der Linkspartei.PDS mit dabei sein.

Eine Partei des Alltags immer wieder neu zu erfinden, damit haben wir gute Erfahrungen gemacht, die werden wir im ganzen Land nutzen.

„Gemeinsam. Für eine neue soziale Idee!“ So sind wir 2005 erfolgreich in den Wahlkampf gezogen. Wir haben dabei das Projekt der neuen Linken entwickelt. Heute sind wir ein Stück weiter. Ich rechne auf Euch, dass wir alle gemeinsam am 16. Juni 2007 die Gründung einer gesamtdeutschen linken Partei feiern können.

Zeitleiste für die Parteineubildungsphase bis 2007: 22. Oktober 2006: Gemeinsame Sitzung des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS und des Bundesvorstandes der WASG in Erfurt zur Verabschiedung der Entwürfe der Gründungsdokumente (Gründungs-Programmatik, Statut, Finanzordnung; Vorschlag für den Namen der neuen Partei). **1. bis 30. November 2006:** Diskussion der Gründungsdokumente an der Basis; Regionalkonferenzen. **18. und 19. November 2006:** Bundesparteitag der WASG. **26. November 2006:** Außerordentliche Tagung des 10. Par-

teitages der Linkspartei.PDS. **Ende November:** Veröffentlichung der Entwürfe für Schiedsordnung und Rahmenwahlordnung der neuen Partei. **10. Dezember 2006:** Gemeinsame Sitzung des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS und des Bundesvorstandes der WASG in Berlin zum Beschluss und zur Veröffentlichung der Leitanträge zu den Gründungsdokumenten an die parallel tagenden Bundesparteitage im März 2007. **24. und 25. März 2007:** Parallel stattfindende Bundesparteitage zur Beschlussfassung der Gründungsdokumente in Dortmund. **30. März bis 18. Mai 2007:** Urabstimmung in beiden Parteien. **15. Juni 2007:** Parallel tagende Bundesparteitage von Linkspartei.PDS und WASG in Berlin. **16. Juni 2007:** Gründungsparteitag der neuen Linkspartei in Berlin.

Derzeit finden Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Die Linke.PDS statt. Einzelne Ergebnisse liegen bereits vor, eine Gesamtbewertung wird folgen. Im Vorfeld gab es ein **Spitzen-treffen von Berliner Linkspartei und Gewerkschaften**. In der Presseerklärung steht u.a.:

Zu einem Austausch über die Perspektiven Berlins nach dem Karlsruher Finanz-Urteil traf sich heute im Roten Rathaus die Verhandlungsgruppe der Linkspartei.PDS Berlin mit Spitzenvertreterinnen und -vertretern der Berliner Gewerkschaften.

Unterstrichen wurde, dass es weder ein Grund zur Resignation sei noch dazu führen solle, in hektische Spar-samkeit und Zeiten von Giftlisten zu verfallen. Beide Seiten verstehen das Urteil als Auftrag, die in Berlin anstehenden Aufgaben gemeinsam zu bewältigen. Dafür müsse über die bisherigen Konsolidierungsbemühungen hinaus mit der gesamten Stadt nach neuen, intelligenten Ideen gesucht werden. Die Vertreterinnen und Vertreter der Linkspartei unterstrichen, dass auch künftig Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie die Bekämpfung von Armut und die Schaffung von Arbeitsplätzen politische Priorität seien. Erneuert wurde die Forderung nach einer solidarischen Neuordnung der Bundes-Länder-Finzen im Zuge der Föderalismusreform II. Klaus Lederer, Landesvorsitzender der Linkspartei.PDS, unterstrich seine Forderung nach einem Hauptstadtgesetz, das der besonderen Rolle Berlins und seiner gesamtstaatlichen Verantwortung gerecht werden müsse. Vereinbart wurde, für die kontinuierlichen Zusammenarbeit neue Formen zu finden. Ab Februar 2007 soll der Gewerkschaftsbeirat der Linkspartei.PDS Berlin regelmäßig zusammentreten.

Zusammenstellung: jöd

Die Fraktion Die Linke.Köln und wechselnde Mehrheiten im Kölner Rat

1. Ende 2005 platzte überraschend die Große Koalition zwischen CDU und SPD. Nach wenigen Monaten war klar: die CDU war in sich so zerstritten, von Selbstherrlichkeit und lokaler Borniertheit so besessen, dass selbst für die Kölner Wirtschaft eine verlässliche Politik z.B. in Bezug auf den Ausbau des Godorfer Hafens nicht umsetzbar schien. Die SPD hatte für sich wichtige Aussagen in der Koalitionsvereinbarung durchsetzen können, die die CDU jetzt zurückholen wollte. Es kam zur Machtprobe über die Wahl des Direktors der Stadtwerke-Konzerns, die die SPD mit den Stimmen der Grünen und der Arbeitnehmervertreter für sich entscheiden konnte.

Die Grünen waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht entschieden, ob sie mit der SPD oder mit der CDU und eventuell mit der FDP eine Koalition bzw. Kooperation eingehen sollten. Vor allem die chaotischen Zustände in der CDU und die im Landesdurchschnitt extrem rechts aufgestellte Kölner FDP bewogen den Kölner Kreisverband der Grünen schließlich zu Kooperationsverhandlungen mit der SPD.

Die FDP hatte ein Zusammengehen mit Rot-Grün abgelehnt, weil sie ihren schwarz-gelben Landeskurs nicht konterkarieren wollte und eine Ampelkoalition wie in der Landschaftsversammlung Rheinland (LVR) in der Partei heftig umstritten war und ist. Vermutlich wird die FDP aber hohe Forderungen wie z.B. die Wahl eines Beigeordneten zur Bedingung einer Kooperation mit Rot-Grün gemacht haben.

2. Etwa zur gleichen Zeit bildete sich auf Grund der Zusammenarbeit bei den Bundestagswahlen und des beginnenden



Unterschriftensammlung am 1. Mai 2006 für einen Köln-Pass

Positive Entscheidungen des Rates der Stadt Köln, (im Sinne von rot bzw. rot-rot-grün)

Anträge, Antragsteller

15.12.2005:

- Internationale Städte-Koalition gegen Rassismus, *Die Linke.PDS und GGS*
- 1000 Wohnungen 2006 – Wohnungsbauprogramm, *SPD*
- Figuren auf dem Rathausturm – Reiterdenkmal, *Grüne*
- Einrichtung einer ausländerrechtlichen Beratungskommission, *Grüne*
- Vereinfachung der GEZ-Gebührenbefreiung für ALG II-Bezieher, *Die Linke./PDS*

14.2.2006:

- Resolution zu den Kürzungen der Landesregierung, *Grüne*
- Einrichtung einer Stelle zur Forschung, Ermittlung und Dokumentation von Raubkunst, *Die Linke.Köln*
- Verschärfung Kölner Straßenordnung wird gekippt, *Verwaltung*
- Wahl von Jörg Detjen zum Städtetag NRW, *SPD, Grüne, Die Linke.Köln*

4.4.2006:

- 100 Ausbildungsplätze und Einführung einer Ausbildungsquote, *Die Linke.Köln*
- Erstellung einer Dokumentation des Zwangsarbeiter-Besuchsprogramms in Köln, *Die Linke Köln*
- Wahl des Stadtdirektors

18.5.2006:

- Haus und Museum der jüd. Kultur und Kunst, *SPD und Grüne*
- Kein Abriss des Barmer Blocks, *Die Linke.Köln*
- Wahl des Beigeordneten für Wirtschaftsförderung
- Parkcafé für Club Solaire, *SPD und Grüne*
- Wahl des Stadtdirektors und OB-Vertreters
- Erweiterung des Dez. I, *SPD und Grüne*

22.6.2006:

- Resolution gegen die Entlassung bei Allianz, *Demokraten und OB*

- Befreiung vom Eigenanteil an Lernmitteln für ALG II-Bezieherinnen und Bezieher, *Die Linke.Köln*
- 100 Ausbildungsplätze – Dringlichkeitsantrag, *Verwaltung wg. Ratsbeschluss*
- Controlling zuerst des Sozialbereiches gekippt, *SPD/Grüne/Die Linke.Köln*
- Beteiligung der Stadt Köln an der Klage gegen die Änderung der Gemeindefinanzordnung, *SPD und Grüne*
- Elternbeiträge zogen SPD und Grüne Antrag zurück und stimmten mit der FDP
- Umbau Höniger Weg, *Verwaltung*
- Zukunft der Bühnen, *Verwaltung*
- 29.8.2006:**
- Eis- und Schwimmstadion Lentstraße, *SPD und Grüne*
- Weiterentwicklung der kommunalen Schul- und Bildungsverantwortung (Regionales Bildungsbüro) *SPD und Grüne, Änderung Die Linke.Köln*
- Schließung der Kölner Niederlassung des Landesbetrieb Straßenbau, *SPD, Grüne, Die Linke.Köln*
- Wahl von Özlem Demirel zur Vertreterin von Bürgermeisterin Scho-Antwerpes in den Integrationsrat, *SPD / Vorschlag Die Linke.Köln*
- Lernmittelfreiheit für Hartz IV-Empf., AsylbLG, *Verwaltung wg. Ratsbeschluss*
- Kreisverkehr Junkersdorf, *SPD, Grüne und Die Linke.Köln*
- 28.9.2006:**
- Wahl der Beigeordneten für Schule und Jugend, *SPD*
- Dezernatsneuordnung, *SPD und Grüne*
- Wiedereinführung des Köln-Passes, *SPD und Grüne*
- Bürgerantrag zu Köln-Pass – Weitergehende Forderung sollen geprüft werden, *Antrag Bürgerinitiative Zustimmung:SPD, Grüne, Die Linke.Köln*
- Denkmal für die Opfer der NS-Militärjustiz, *Die Linke.Köln*
- Konzept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Köln, *Die Linke.Köln und weiterer Antrag von SPD und Grüne*
- Keine Privatisierung von Haus Balchem, *SPD u. Grüne*

den Diskussionsprozesses zwischen Die Linke.PDS, Gemeinsam gegen Sozialraub (GGS) und der Wahlalternative soziale Gerechtigkeit (WASG) eine Fraktion Die Linke.Köln im Rat der Stadt Köln. Mit einem Mal waren wir als Fraktion nicht nur in allen Ausschüssen vertreten, sondern hatten ganz andere Möglichkeiten und werden seitdem im Rat und in der Öffentlichkeit bedeutend stärker wahrgenommen, eingeschätzt und berücksichtigt. Auch der Bonus, bereits das zweite Mal im Rat der Stadt Köln vertreten zu sein, steigert das Ansehen der neuen linken Fraktion. Trotzdem war von Anfang an klar: die neue Fraktion repräsentiert nur 3,6% der Wählerinnen und Wähler, und es bedarf der Entwicklung einer klugen und zielgerichteten linken Oppositionsarbeit, um den gestiegenen Stimmanteil bei der Bundestagswahl 2005 in Köln von 5,8% (30.000 Stimmen), politisch zu nutzen und in die Waagschale zu werfen.

Die gemeinsame Erklärung von Die

Linke.PDS, GGS und WASG zur Gründung der Fraktion legte acht Schwerpunkte fest und positionierte sich konstruktiv zu den wechselnden Mehrheiten:

„Für eine Koalition mit der SPD und den Grünen im Stadtrat oder die Tolerierung einer solchen Koalition sehen wir daher keine Möglichkeit. Es gibt keine inhaltliche Basis. Sollte es zu wechselnden Mehrheiten im Stadtrat kommen, werden wir punktuell Mehrheiten für soziale und emanzipatorische Beschlüsse suchen.“

In der Diskussion im Mittwochskreis, aber auch auf einem Forum der Fraktion mit bekannten linken Persönlichkeiten, wurde die Frage von wechselnden Mehrheiten intensiv diskutiert. Dass eine solche Politik gemacht werden muss, war unstrittig, strittig blieb vor allem in der Diskussion mit GGS, welche Forderungspakete durchsetzbar sind. So wurde z.B. anlässlich der Wahl des Stadtdirektors ein gigantisches Forderungspaket zusammengeschürt, das

Köln braucht soziale Alternativen!

DIE LINKE. KÖLN Fraktion im Rat der Stadt Köln repräsentiert ein breites, internationalistisches Spektrum sozialer und linker Kräfte in unserer Stadt. Sie besteht aus:

Die Linkspartei. PDS, Offene Liste im Rat der Stadt Köln, die seit 1999 mit zwei und seit 2004 mit drei Ratsmitgliedern im Stadtrat vertreten ist und darüber hinaus noch jeweils ein Mitglied in sieben Kölner Bezirksvertretungen hat, und dem Bündnis „Gemeinsam gegen Sozialraub“, das seit 2004 mit einem Mitglied im Stadtrat vertreten ist und u. a. von Mitgliedern der DKP, SAV und ISL gegründet wurde.

Auch die „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG), die 2005 zur Landtagswahl in NRW kandidierte und ein gutes Ergebnis erzielte, ist beteiligt. Sie stellt sachkundige Einwohner und ist durch einen Übertritt von der SPD mit einem Mitglied in der Bezirksvertretung Ehrenfeld vertreten.

Die Bündelungen von Linkspartei. PDS, WASG, anderen linken Organisationen und Einzelpersonen war bei der Bundestagswahl auch in Köln erfolgreich: sie erhielt 5,8% und damit 30 105 Stimmen. Das ist für uns ein Ansporn, die Interessen derer zu unterstützen, für deren Anliegen wir uns auch schon vor der Wahl eingesetzt haben: insbesondere die Arbeitenden, Erwerbslosen und Benachteiligten. Die Verbesserung ihrer Lebenssituation ist Ziel unserer kommunalen Aktivitäten.

Die gemeinsame Ratsfraktion will mehr sein als eine bloße Verbindung zweier Wahllisten. Sie will einen Beitrag zur Neuformierung und Stärkung der Linken in unserer Stadt leisten. Uns eint die Opposition gegen den Neoliberalismus und Sozialabbau. Gleichzeitig vertreten wir durchaus unterschiedliche linke Positionen und Herangehensweisen. Aber solche unterschiedlichen sozialen und sozialistischen Positionen sind für uns weniger ein Problem, sondern eher Ausdruck der Bandbreite gesellschaftlicher Diskussion um soziale Alternativen in unserer Stadt. Wir sind kein starres Bündnis, sondern werden offene und transparente Strukturen entwickeln.

DIE LINKE. KÖLN sieht sich als Teil einer breiten Bewegung. Sie sucht die Zusammenarbeit mit allen sozialen Initiativen, Selbstorganisationen, Runden Tischen, Mietervereinen und -initiativen, Verbänden und Gewerkschaften. Eines unserer wesentlichen Anliegen ist die Stärkung von sozialen Initiativen. Ihre Anregungen wollen wir

aufnehmen und in den Rat und die Ausschüsse tragen. Wir wollen mit unserer Arbeit dazu beitragen, den Widerstand und die Selbstorganisation zu unterstützen. Wir rufen die sozialen Bewegungen auf, mit uns gemeinsam zu arbeiten, Anregungen zu geben und unsere Arbeit kritisch zu begleiten. Zu diesem Zweck werden wir „offene Foren“ veranstalten, auf denen wir Schwerpunktthemen und die allgemeine Arbeit der Ratsfraktion diskutieren.

Wir wollen alle parlamentarischen und außerparlamentarischen Möglichkeiten nutzen, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern. CDU, SPD, Grüne und FDP vertreten gegenwärtig lediglich unterschiedliche Varianten einer Politik des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben. Wir werden keine Politik des Sozialabbaus mitgestalten, wir treten ein gegen alle Formen von Sozialabbau, Privatisierung, Lohndumping und Arbeitsplatzvernichtung. Für eine Koalition mit der SPD und den Grünen im Stadtrat oder die Tolerierung einer solchen Koalition sehen wir daher keine Möglichkeit. Es gibt keine inhaltliche Basis. Sollte es zu wechselnden Mehrheiten im Stadtrat kommen, werden wir punktuell Mehrheiten für soziale und emanzipatorische Beschlüsse suchen.

Wir greifen in nächster Zeit folgende Themen auf:

1. Hartz IV ist Armut und Demütigung per Gesetz.

Wir kämpfen weiterhin für die Rücknahme der Hartz-Gesetze. Im Stadtrat setzen wir uns für jede konkrete Maßnahme ein, die zur Verbesserung der Lage der Betroffenen führt, wie z.B. die Forderung nach einem Mobilitätscheck, die Übernahmen von Schulbuchkosten und die vollständige Übernahme von Wohnungs- und Heizkosten. 1 Euro-Jobs lehnen wir ab. Sie dienen der Durchsetzung von Lohndumping und der Vernichtung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen.

2. Wir treten dafür ein, dass der Haushalt der Stadt Köln an anderen Prioritäten ausgerichtet wird.

Nicht die tabuisierte Bedienung der Schuldendienste und die Finanzierung von Prestigeobjekten mit nicht vorhandenem oder zweifelhaftem Nutzen dürfen die Finanzplanung bestimmen, sondern die Bedürfnisse der breiten Bevölkerung. Die Stadt Köln muss gute und preisgünstige öffentliche Güter und Dienstleistungen anbieten. Deshalb lehnen wir Privatisierungen von kommunalen Unternehmen wie den Stadtwerken entschieden ab.

3. Großprojekte und Privatisierungen steigern die Korruption – auf Kosten der Bevölkerung. Deshalb fordern wir mehr Transparenz und damit die Offenlegung der Unterlagen und die Überprüfung aller umstrittenen Im-

mobiliengeschäfte wie z. B. der Messehalle Nord und der Köln-Arena/ des Technischen Rathauses. Es darf keine Finanzgeschäfte mehr mit „Esch-Oppenheim-Fonds“ geben. Gegebenenfalls müssen die Verträge rückabgewickelt und Schadenersatz eingeklagt werden.

4. Wir wollen die städtischen Finanzen auch zur Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen bei der Stadt und ihren Beteiligungsunternehmen nutzen, zu Investitionen in Bildung, Gesundheit und Pflege, öffentlichen Verkehr, Wohnungsbau und Umweltschutz und kämpfen für die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen. Um die Unternehmen zur Finanzierung notwendiger öffentlicher Investitionen heranzuziehen, fordern wir als ersten Schritt eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes.

5. Wir wollen die gleichen Rechte aller Kölnerinnen und Kölner. Emanzipation heißt für uns: Übertragung von kommunalpolitischen Entscheidungen auf die Einwohner dieser Stadt. Dazu gehört auch der Haushalt. Deshalb befürworten wir einen Beteiligungshaushalt. An Hand von Erfahrungen anderer Kommunen in der ganzen Welt werden wir uns dafür einsetzen, dass über Haushaltsmittel bereits auf der Ebene der Stadtbezirke entschieden wird.

6. Wir setzen uns für den öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau ein. Die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum ist ein Grundelement einer sozialen und demokratischen Stadtgesellschaft. Als erster Schritt muss der Wohnungsgesamtplan 2015 für Köln und damit der Bau von 57.000 Wohnungen umgesetzt und weiterentwickelt werden.

7. Wir setzen uns für ein Bleiberecht von in Köln lebenden „Geduldeten“ und „Illegalen“ ein. Flüchtlingskinder haben ein Anrecht auf Schulunterricht. Flüchtlinge müssen dezentral in Wohnungen statt in Flüchtlingsheimen untergebracht werden.

8. Wir kämpfen gegen jede Spielart von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierung und setzen uns für gleiche Rechte ein. Wir werden die verlogene Propaganda der als „Bürgerbewegung“ getarnten Neonazis von „Pro Köln“ und anderer Rechtsextremer aufdecken und bekämpfen.

Die Stadt muss wieder bezirksorientierten Service anbieten. Die Schließung von städtischen Bildungs-, Kultur- und Sozialeinrichtungen und Bezirksrathäusern muss rückgängig gemacht werden.

die vereinbarte Politik von wechselnden Mehrheiten faktisch unmöglich machen sollte.

3. Trotzdem wurden von allen vier Ratsmitglieder wechselnde Mehrheiten gesucht und umgesetzt. Der anliegenden Liste kann entnommen werden, dass in der Zeit von Dezember 2005 bis September 2006 in fast vierzig Fällen Mehrheiten zustande kamen. Es sind pragmatische Entscheidungen bzw. Bündnisse, die vom jeweils anderen nicht verlangen, dass er sich verbiegt bzw. einer Sache zustimmt, gegen die er eigentlich ist, wie es z.B. bei Koalitionen gang und gäbe ist.

Eine Politik der wechselnden Mehrheiten von Seiten der Fraktion Die Linke.Köln aktiv zu gestalten, ist auch deshalb richtig, weil damit eigene Forderungen überhaupt erst durchsetzbar bzw. umsetzbar werden können. Dazu ein Beispiel von der Sitzung am 15. De-

zember 2005: Selbstverständlich hätte die Fraktion Die Linke.Köln auch ohne wechselnde Mehrheiten dem Antrag der SPD zum Wohnungsbauprogramm (1000 zusätzliche Wohnungen in 2006) zustimmen müssen. Umgekehrt hätten SPD und Grüne nicht unbedingt unseren Antrag für den Beitritt Kölns zur Internationalen Städtekoalition gegen Rassismus unterstützen müssen. Das heißt, für eine kleine Partei, die keiner Koalition bzw. Kooperation angehört, können wechselnde Mehrheiten von großem Vorteil sein.

Ein weiteres Beispiel ist die Einrichtung einer ausländerrechtlichen Beratungskommission. Sie wurde von uns angeregt. Um einen Beschluss sicherzustellen, überließen wir die Beantragung den Grünen. Inzwischen hat die Arbeit der Kommission begonnen und zahlreiche Migrantinnen und Migranten vor der Abschiebung bewahrt und ein Blei-

berecht erwirkt.

4. Die Mehrheiten im Kölner Stadtrat sind denkbar knapp: Die SPD hat 28 Mandate, die Grünen 15, das ergibt zusammen 43 Stimmen. Die CDU hat 29 Mandate, die FDP 7, Kölner Bürgerbündnis 2, Pro Köln 5 und Die Linke.Köln 4.

Für die einfache Mehrheit braucht macht 46 Stimmen.

Bei der Wahl des Stadtdirektors im April 2006 stimmten die Ratsmitglieder Demirel, Detjen und Kellner für den SPD-Kandidaten. Claus Ludwig enthielt sich der Stimme. Das waren genau 46 Stimmen!

Die Folge dieser gemeinsamen Verhandlungen um die Wahl des Stadtdirektors war, dass SPD und Grüne unseren Antrag zu mehr Ausbildungsplätzen bei der Stadt unterstützten. Der Express berichtete darüber unter der Überschrift „100 Ausbildungsplätze für

die PDS“. Nach wochenlangem Ringen musste der Oberbürgermeister per Dringlichkeitsentscheidung die Forderungen der Linksfraktion umsetzen, nicht nur die 100 Ausbildungsplätze, sondern auch die geforderte 6%-ige Ausbildungsquote ab 2007. Das sind ab 2007 insgesamt 264 Auszubildende mehr bei der Stadt. Dieses Programm entspricht einem Volumen von 4,7 Mio. Euro. Dieser große Erfolg war aber nicht nur das Ergebnis der gemeinsamen Wahl des Stadtdirektors, sondern gleichzeitig das einer öffentlichen Kampagne, die die Fraktion sehr eng mit Jugendorganisationen aus dem gewerkschaftlichen und politischen Spektrum organisiert hatte.

Die drei Ratsmitglieder der Fraktion wählten noch zwei weitere sozialdemokratische Beigeordnete mit. Die Entscheidungen waren in der Fraktion und im Mittwochskreis nicht unumstritten. Die drei Ratsmitglieder hätten nicht einfach für jede vorgeschlagene Person gestimmt. Wir konnten uns entweder selbst ein Urteil bilden oder Erkundigungen einziehen. So erkundigten wir uns z.B. vor der Wahl des Wirtschaftsdezernenten Walter-Borjans bei Oskar Lafontaine, da er vor Jahren unter dem saarländischen Ministerpräsidenten gewirkt hatte.

Die Wahl aller drei Beigeordneten stellt insgesamt keine Verschlechterung des Status quo dar, sondern eher eine Verbesserung. Sie veränderte die Fixierung der Verwaltung zu Ungunsten der CDU. Außerdem trugen die wechselnden Mehrheiten bei der Wahl der Beigeordneten dazu bei, dass folgende Forderungen im Rat durchgesetzt werden konnten:

- Einrichtung einer ausländerrechtlichen Beratungskommission, (von uns angeregt)
- Lernmittelfreiheit für ALG II-Empfänger und Asylbewerber
- Köln-Pass: Anwendung auch für Arme bei 10% über dem Regelsatz
- Denkmal für die Opfer der NS-Militärjustiz
- Konzept gegen Rechtsextremismus (in Arbeit)

Diese Beschlüsse verbessern die sozialen und emanzipatorischen Bedingungen für die Kölnerinnen und Kölner. Sie wurden auch in enger Zusammenarbeit und mit Unterstützung von politischen Initiativen und Gruppen durchgesetzt.

5. In unserer Arbeit hatten wir auch Konflikte mit möglichen Bündnispartnern auszutragen. Als die UNESCO die Pläne für das Barmer Viertel über den Haufen warf, schlug die Fraktion vor, den Barmer Block als Zwischenlösung für studentisches Wohnen zu nutzen. Ei-

nige Wochen später besetzten Hausbesetzer den Block und forderten den Erhalt. Die Besetzer überschätzten unsere Verhandlungsposition gewaltig und verlangten von uns, eingeleitet durch eine mehrtägige Bürobesetzung, die bedingungslose Umsetzung ihrer Forderung. Dieser Erpressung gab die Mehrheitsfraktion allerdings nicht nach.

Konfliktpotential boten auch die Landeskürzungen bei Elternbeiträgen für Kindertagesstätten und Horte. Bei der nun fälligen Gebührenneuordnung wollten SPD und Grüne 40 % aller Eltern vom Beitrag befreien und das über eine stärkere Progression bei Eltern mit höherem Einkommen erreichen. Die Mehrheit der Fraktion Die Linke.Köln schloss sich diesem Modell an, denn die CDU wollte Beitragsfreiheit für alle durch eine unsoziale Erhöhung der Grundsteuer finanzieren. Letzten Endes verließen sich SPD und Grüne dann doch auf die FDP, die dafür sorgte, dass das alte Modell für ein Jahr in Kraft blieb, einschließlich einer sozial unausgewogenen Gebührenerhöhung.

6. Vom gemeinsamen Acht-Punkte-Programm der Fraktion Die Linke.Köln haben wir zu sechs Forderungen Erfolge bzw. Teilerfolge erzielen können. Für unsere kleine Fraktion ist das viel und natürlich auch der etwas glücklichen Konstellation im Rat der Stadt Köln zu verdanken. Wir haben diese Chance aber genutzt, auf diese Weise etwas bewegt und verändert und so aufgezeigt, dass eine andere, eine soziale Politik in Köln möglich ist.

Inzwischen hat sich auch herausgestellt: Wechselnde Mehrheiten im Rat der Stadt Köln sind eine Ohrfeige für das konservative, reaktionäre und offen neoliberale Lager in der Stadt. „Schramma-Klatsche“ überschrieb der Express einmal einen Artikel. Und an dieser Stelle zeigt sich, dass an dem Begriff „Kölsche Volksfront“, wie ihn einige scherzhaft, andere boshaft geprägt haben, durchaus etwas dran ist. Die „Kölsche Volksfront“ – das ist der widerständige Platzjabbeck in der Gestalt der Kölnerinnen und Kölner, die den Schrammas, Klippers, Müllers und Stercks die Zunge rausstrecken. Und diese Mehrheit findet sich – wenn auch knapp – zur Zeit im Rat wieder. Das kann sich schnell wieder ändern, der Platzjabbeck hat – historisch gesehen – kein Abonnement auf CDU und FDP. Er streckt die Zunge raus, wem er will!

Die CDU versteht bis heute ihren Machtverlust nicht. Obwohl sie den



Die neuen Auszubildende 2006 im Rathaus.

Oberbürgermeister stellt, kann sie nicht mehr schalten und walten, wie sie will.

Das freut viele Leute in der Stadt. Wir bekommen gerade aus Kreisen der kritischen Intelligenz, von Gewerkschaften, Initiativen, aber auch linken Kreisen viel Zuspruch, diese Politik fortzusetzen. Ob es uns langfristig gelingt, das konservative Lager in Köln zu schwächen, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht absehbar.

Die Wiedereinführung des Köln-Passes sollten wir aber auch als Symbol im Kampf gegen das reaktionäre und offen neoliberale Lager verstehen: Soziale Politik ist möglich, wenn sich Linkspartei und WASG mit anderen linken Initiativen in Köln zusammenschließen und aktiv werden (s. Unterschriftensammlung und Antrag im Beschwerdeausschuss) und gleichzeitig die Fraktion Die Linke.Köln auf Ratsebene klug operiert.

7. Wir müssen in den nächsten Monaten das Zusammenwirken mit sozialen Initiativen zielgerichteter gestalten und die Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort verbessern. Unsere inhaltliche Arbeit muss fundierter werden, wir müssen uns breiter aufstellen, damit wir den vielen Anforderungen überhaupt nachkommen können.

Dazu sollten wir jetzt unser Forderungspaket überarbeiten und entwickeln. Wir haben im Einzelnen einiges bewirkt. Jetzt muss es uns darum gehen, ein eher langfristiges und programmatisches Kommunalkonzept zu entwickeln. Wir dürfen bei einzelnen Forderungen nicht stehen bleiben, sondern müssen beschreiben, wie das soziale Köln aussehen soll, das wir anstreben. Das wollen wir mit allen Linken, insbesondere aber mit der Linkspartei.PDS, der WASG und auch mit GGS in den nächsten Monaten umsetzen.

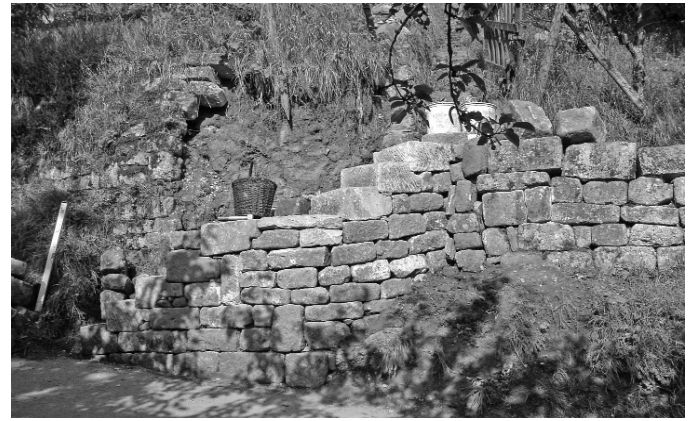
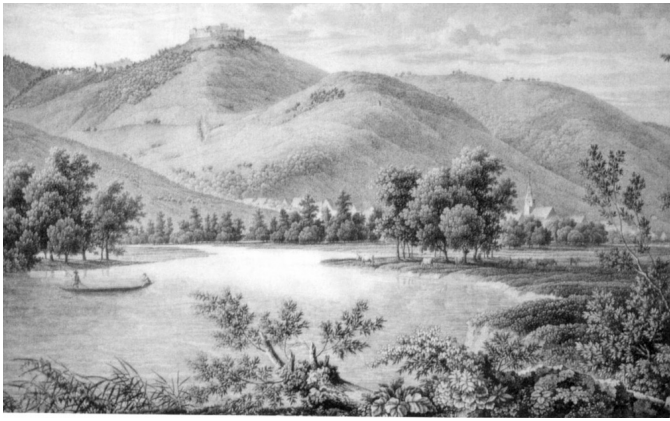
Ob die bevorstehenden Haushaltsberatungen dazu schon genutzt werden sollen, wird die gemeinsame Diskussion in den nächsten zwei Monaten ergeben.

Özlem Demirel

Jörg Detjen

Michael Kellner

Platzjabbeck



Natur- und Kulturlandschaft prägen die Stadtentwicklung

In der vorigen Ausgabe der Politischen Berichte hatten wir vorgestellt, wie in München die Geschichte einer Stadt zu bestimmten Formen gesellschaftlichen Verhaltens führt, die bis heute nachwirken. Diese Ausformungen sind in jeder Stadt speziell und unterschiedlich, so unterschiedlich wie die geschichtlichen Verläufe eben sind. Stadtypisches entsteht aber auch aus dem Wechselverhältnis von Natur- und Kulturlandschaft im geschichtlichen Wandel. Besonders deutlich wird das an Städten, die sehr ausgeprägte Besonderheiten in der Natur- und Kulturlandschaft haben, aber vermutlich findet sich das in allen Großstädten und Ballungsräumen.

Im folgenden Artikel wird über Besonderheiten für die Stadt Stuttgart berichtet, die sich

aus dieser Einbettung in eine besondere Naturlandschaft ergeben. Stuttgart liegt in einer Schichtstufenlandschaft. Geologische Kräfte haben eine je nach Höhenlage und Gesteinsbeschaffenheit vielfältige Landschaft geschaffen. Hochflächen aus Kalk, die Wassermangel bedingen, was früh zu technischen Anstrengungen gezwungen hat. Die Filderebene am Rande der Stadt (Filder=Felder) ist eine Hochfläche, angefüllt mit fruchtbarem Lössboden, der einen hochwertigen Acker- und Gartenbau erlaubt und schon früh die Gründung zahlreicher Ansiedlungen ermöglichte. Bewaldete Hügel mit Steilhängen im Keuper, die bei dem warmen Klima nach Rodung eine Anlage von terrassierten Weinbergen ermöglichen, Grundlage für wirtschaftlichen Wohlstand seit dem

Hochmittelalter. Zugleich findet sich hier ein leicht bearbeitbarer Sandstein, der nicht nur für die Weinbergmauern geeignet war, sondern auch für die repräsentativen Bauwerke einer Residenzstadt. Dann schließlich das Flusstal des Neckars im Muschelkalk, dessen Hänge ebenso für den Weinbau geeignet sind. Die Wasserkraft ermöglichte eine Industrialisierung trotz Rohstoffarmut, und der Fluss war als Transportweg für Flösse und später Schiffe geeignet.

Der folgende Artikel beschäftigt sich vor allem mit der Tätigkeit des städtischen Amtes für Umweltschutz; es versteht sich aber, dass der beschriebene Hintergrund einer Natur- und Kulturlandschaft ebenso gut für viele andere Bereiche der Stadtentwicklung Wirkung zeigt.

Anlass der Veranstaltung des Amtes für Umweltschutz am 15. September war ein Jubiläum. 1991, also vor 15 Jahren, hatte der Stuttgarter Gemeinderat beschlossen, eine Biotopkartierung und darauf aufbauend eine Biotopverbundplanung einzuleiten. An der Veranstaltung nahmen rund 200 Personen teil, neben den per Amt damit Befassten fanden sich zahlreiche Initiativen (Nabu, Naturfreunde, Arbeitskreise aus einzelnen Stadtteilen) und Einzelpersonen ein, die in Zusammenarbeit mit dem Amt für Umweltschutz ehrenamtlich Projekte betreiben. Die von Bürgermeister Hahn vorgenommenen Ehrungen zollten ihrer Arbeit die verdiente Anerkennung. Ebenfalls nahmen Winzer und Landwirte teil, die von der Stadt Zuschüsse für die Anlage und Pflege von Biotopverbundprojekten erhalten. Die Veranstaltung fand in der Kelter der Winzergenossenschaft Rotenberg statt, die sich seit längerem aufgeschlossen für Biotopverbundprojekte zeigt.

Biotopkartierung

In den Fachvorträgen stellte zunächst Frau Kübler vom Umweltamt die Entwicklung der Biotopkartierung in Stuttgart vor: Inzwischen ist die Stadt flächendeckend erfasst, für 9874 Hektar existiert die Kartierung, das ist der gesamte sogenannte Außenbereich

(nichtbesiedelt: 5310 Hektar, besiedelt 4564 ha) der Stadt, das ist etwa die Hälfte des gesamten Stadtgebiets. Knapp 5000 Hektar Waldflächen sind nicht dabei, da die privaten Waldbesitzer eine Kartierung ablehnten, der sich damals im Landtag auch gerne der staatliche Waldbesitzer anschloss. Die Biotopkartierung war vergleichsweise billig; in den 15 Jahren wurden etwas mehr als 400.000 Euro ausgegeben (42 Euro/Hektar); abgesehen von einem Landeszuschuss zu Beginn ausschließlich aus städtischen Mitteln.

Was wurde bei der Biotopkartierung erfasst? Biotop (Lebensraum) ist ein Fachbegriff aus der Biologie, der in die Gesetzgebung Eingang gefunden hat. Damit wird eine Typisierung von Naturgegebenheiten (Boden), Pflanzen- und in der Folge damit auch häufig Tiergemeinschaften vorgenommen. Bekannt ist das Feuchtbiotop, aber auch eine Streuobstwiese oder eine Trockenmauer sind solche Biotope. Entsprechend der Seltenheit bestimmter Pflanzen und Tiere wird dem Biotop eine Wertigkeit zugeordnet. Im Naturschutzgesetz des Landes (§ 32) werden besonders genannte Biotope unter Schutz gestellt; deren Zerstörung oder Beeinträchtigung verboten bzw. nur ausnahmsweise und mit Auflagen gestattet ist. In Stuttgart sind immerhin 642 Einzelflächen

als solche § 32-Biotope erfasst.

Die Stuttgarter Kartierung umfasst neben der Zuordnung zu einem Biotop und dessen Wertung auch eine Einstufung im Biotopverbund bzw. in die Biotopvernetzung. Biotope können sich einer „Insellage“ befinden, dann ist ein Austausch mit benachbarten gleichen oder ähnlichen Biotopen nicht möglich, und es besteht die Gefahr, dass Bestände deshalb zugrunde gehen. Auch dieser Begriff hat inzwischen Eingang in die Naturschutzgesetzgebung gefunden; in Baden-Württemberg wird seit 2005 verlangt, dass ein „Biotopverbund einzurichten und zu erhalten (ist), der mindestens zehn Prozent der Landesfläche umfasst“. Kartierung ist wörtlich zu nehmen: die Daten liegen ausschließlich mit Tusche eingezeichnet in Messblättern vor, die beim Umweltamt eingesehen werden können; ob eine Digitalisierung erfolgen wird und damit die Daten allgemein zugänglicher werden, hängt davon ab, ob der Gemeinderat Haushaltsmittel dafür zur Verfügung stellt.

Aufsicht beim Land oder bei der Gemeinde?

Bayern und NRW, über deren Biotopkartierung auf der Veranstaltung damit befasste Referenten berichteten, sind später gestartet, haben aber dafür die Daten digital. Das erleichtert es ande-



ren Behörden, aber auch jedermann, auf die Daten zuzugreifen. Im Gegensatz zu Baden-Württemberg ist die Biotopkartierung in beiden Bundesländern Aufgabe des Landes; in Bayern können die Kommunen das als Dienstleistung mit 40% Kostenübernahme anfordern; in NRW wird das vom Land gemacht und finanziert, die Kommunen müssen die Ergebnisse dann in ihren übrigen Planungen berücksichtigen – was Joachim von Zimmermann, den Leiter des Umweltamtes Stuttgart, zur Bemerkung veranlasste, die Kostenübernahme sei zwar eine schöne Sache, aber in Baden-Württemberg ließen sich die Kommunen nicht einmal geschenkt in ihre Angelegenheiten reinreden.

Eine Exkursion ins Gelände mit der Vorstellung einiger Projekte in Zusammenarbeit mit der Winzergenossenschaft Rotenberg, die Vorstellung eines Projektes durch einen Landwirt aus Zazenhausen (Wegrandstreifen und Buntbrachen zwischen Äckern) sowie der Vortrag der Bezirksvorsteherin des Stadtteils Mühlhausen, Frau Keck, über Projekte und die Zusammenarbeit der verschiedenen Beteiligten betonten den Aspekt, wie die städtischen Ordnungsvorgaben von ehrenamtlich oder wirtschaftlich in der Natur arbeitenden Personen umgesetzt und mitgestaltet werden können.

Umweltpolitik als Ordnungspolitik

Kommunale Umweltpolitik setzt Einschränkungen in die Verfügbarkeit über das private Eigentum; daher ist sie wie jede Ordnungspolitik nicht konfliktfrei: Strafzettel für Falschparken sind nicht beliebt, aber jeder wird einsehen, dass der Gehweg für den Kinderwagen frei bleiben soll. Die Umwelt, sei sie nun mehr Natur- oder, wie in Mitteleuropa fast überall, mehr Kulturlandschaft, gehört zum menschlichen Leben, das scheint gesellschaftlicher Konsens. Die „Natur“bestandteile einer Stadt sind vor allem am Stadtrand ja sehr häufig durch landwirtschaftliche Tätigkeit oder andere wirtschaftliche Tätigkeit mit der Natur (Steinbrüche u.ä.) in der Vergangenheit entstanden oder zumindest überformt worden. So verstanden leben wir in einer „Kultur“landschaft.

Natur-/Kulturlandschaft

In Stuttgart mit seiner von geologischen Kräften vorgeprägten vielfältigen Landschaft waren seit etwa dem 12. Jahrhundert typisch die Weinberge an den südlich gelegenen Hängen. Dazu dann Wiesen und Weiden, bzw. zunehmend ab etwa dem 18. Jahrhundert Obstwiesen in den für den Weinbau weniger geeigneten Lagen. Das ergibt einen kleinteiligen, vielfältig abwechselnden Eindruck von „Grün“; dazu kommen die großen Waldgebiete, z.T. durchzogen von Schluchten, die einst der Bau- und Brennholzversorgung sowie der feudalen Jagd dienten – der bekannte Werbespruch lautet „Stuttgart zwischen Wald und Reben“. Dieser typische Landschaftseindruck ist durch privates Wirtschaften unter öffentlichen Vorgaben entstanden; z.B. der Obstbau wurde durch die königlich-württembergische Wirtschaftspolitik im 18. Jahrhundert forciert, welche die Anpflanzung von Obst zur Verbesserung der Nahrungsversorgung der Bevölkerung förderte und propagierte. Die Industrialisierung hat relativ wenig an dieser Landschaftsprägung geändert; die großen Ansiedlungen gingen ans Wasser, so dass die früher vorhandene Auenlandschaft am Neckar im gesamten Stadtgebiet völlig verschwunden ist. Soll diese Landschaft zwischen Wald und Reben erhalten bleiben, sind heute erneut öffentliche Aufwendungen nötig, denn würde nichts getan, überzöge nach einigen Jahrzehnten Buchenwald die Hänge und Höhen, und würde nichts reguliert, gäbe es dort stattdessen Einfamilienhaussiedlungen.

Die der typischen Landschaft zugrunde liegende Bewirtschaftungsweise wird nicht mehr betrieben. Die Terrassenweinberge z.B. sind weitgehend flurbereinigt und die typischen Mauern eingerissen, denn terrassierter Weinbau benötigt den dreifachen Arbeitsaufwand. Der Obstanbau mit den landschaftsprägenden Hochstämmen ist aus ähnlichen Gründen nur noch eine Liebhaberei. Die großen Gärten und Parks in den inneren Stadtgebieten waren einst privat entstanden oder von vornherein als öffentliches Gut gedacht – ihre Erhaltung und Pflege sind heute ebenfalls eine kommunale Aufgabe.

Eher plus ...

Einigermaßen gelungen scheint mir die städtische Umweltpolitik, wo sie mit Anreiz, Geboten und wenigen Verboten, private und ehrenamtliche Initiativen unter dem Gesichtspunkt Biotoperhalt und -vernetzung fördert. Auch dass heute das Garten- und Friedhofsamt in diesen Rahmen eingebunden ist, wurde auf der Veranstaltung positiv berichtet. Die Ansaat von Wildblumen auf großen Verkehrskreuzungen mitten in der Stadt wird von der Stadtverwaltung gerne angeführt: dort finden sich mehr Wildbie-

nenarten, darunter einige vom Aussterben bedrohte, als in intensiv genutzten landwirtschaftlichen Fluren des Umlandes. Auch die Ausbildung von Beschäftigten beim Garten- und Friedhofsamt zu Spezialisten für Biotoperhalt (z.B. Zurücksetzen von Hecken auf Stock und ähnliches) schlägt positiv zu Buche. Weitere Projekte in diesem Sinne sind in Planung: So sollen „Wandel“ saniert werden. Diese schmalen Fußwegeverbindungen wurden durch generationenlanges Wohnheitsrecht zu öffentlichen Wegen über private Grundstücke. Sie sind meist ausgelegt mit Natursteinpflaster und versehen mit wegbegleitenden Mauern und entsprechenden Pflanzen- und Tierwelt.

... eher minus

Die größten Konflikte entstehen aber zu gewichtigen Interessen: Wohnen und Mobilität verbrauchen den meisten Boden in der Stadtentwicklung. Darüber wurde auf der Jubiläumsveranstaltung nicht gesprochen und diskutiert; in der Broschüre des Umweltamtes zur Biotopverbundplanung wird allerdings beklagt: „Die Beziehungen zur Stadtplanung sind bisher mittelbar. Der Fachbeitrag Arten- und Biotopschutz und Biotopentwicklung geht nur teilweise über die Landschaftsplanung in die Stadtplanung ein. Der Schwerpunkt der Stadtplanung in Stuttgart liegt auf der Ausweisung neuer Baugebiete, wobei die grünordnerischen Belange bisher nur eine sehr untergeordnete Rolle spielen.“ Vielleicht ließe sich da nach dem Muster der Arbeitskreise für Biotopvernetzung einiges erreichen. Statt plakativ zu sagen, „hier haust die Fledermaus, kein Platz für Menschen“, kann bei der Wohnbebauung oder auch Straßen überlegt werden, wie können vorhandene Biotope eingebunden oder gar erweitert werden, so dass die derzeit meistens praktizierte Maßnahme „Ökokonto“ unterbleiben könnte. Denn eine Ausgleichsmaßnahmen an anderer Stelle ist doch oft nur ein Notbehelf, und warum soll eine Wohnsiedlung nicht durch Möglichkeiten der Naturbetrachtung und Naturbeobachtung aufgewertet werden.

Alfred Küstler

LITERATUR: Jürgen Hagel, Mensch und Natur im Stuttgarter Raum, Silberburgverlag, 2001; Biotopverbundplanung in Stuttgart, Ziele, Vorgehen, Umsetzung, Schriftenreihe des Amtes für Umweltschutz Heft 1/2006; Stuttgarter Biotopatlas, Methodik, Beispiele und Anwendung, Schriftenreihe des Amtes für Umweltschutz Heft 2/2000
BILDER: Neckarlandschaft um 1810 mit Blick auf den Wirttemberg. Die Trockenmauer eines (ehemaligen) Weinbergs wird erneuert. Diese Mauern sind zwar gesetzlich geschützt, was aber wenig nützt, wenn das Wissen über Erhalt und Sanierung zunehmend verschwindet. Das Umweltamt versuchte dem mit einem Kurs über die Kulturtechnik Trockenmauerbau entgegenzuwirken.
Hochhaussiedlung in Stuttgart Freiberg, eingebettet in der Landschaft oberhalb des Neckars. Eher ein negatives Beispiel für die Einbindung in die Landschaft.

3. bis 5. November, Berlin. Die LINKE führt in Zusammenarbeit mit der RLS ein *Nahost-Treffen* durch, an dem sich Linke aus Israel, Palästina und Europa beteiligen.

4. November, Hannover. *Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei.PDS.*

4./5. November, München. *Workshop Kurt-Eisner-Verein und Rosa-Luxemburg-Stiftung: Konservative Leitbilder und linke Kritik.* Die Linke grenzt sich zwar stets erfolgreich vom konservativen Lager ab, versucht aber nur selten zu begreifen, wie Konservatismus funktioniert. Der Workshop beschäftigt sich mit konservativen Parteien, Milieus und Leitbildern in Deutschland. *Samstag, 4.11.2006, 19 Uhr: I. Was ist Konservatismus?* Podium mit: – Dr. Gerhard Hirscher (Hanns-Seidl-Stiftung), – Martin Fochler, Kurt-Eisner-Verein, München, – Dr. Harald Pätzold, Linkspartei.PDS, Berlin, – Dr. Lutz Brangsch, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin. *Sonntag, 5.11.2006, 10 Uhr: II. Linke Argumente und konservative Hegemonien.* Podium mit: – Siegfried Benker, B90 Die Grünen, Fraktionsvorsitzender im Stadtrat der LH München; – Fritz Schmalzbauer, WASG-Bundesvorstand; – Stephan Dünnwald, Bayerischer Flüchtlingsrat – Angefragt: Fritz Schösser, Vorsitzender des DGB-Bezirks Bayern. Ort: EineWeltHaus, Schwanthaler Strasse 80, 80336 München.

4. November, Augsburg. *Landesmitgliederversammlung Linkspartei.PDS Bayern.*

16./17. November. *Innenministerkonferenz.* Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge.

18./19. November, 59590 Geseke. *4. Parteitag der WASG.* Mit Wahlen zum Bundesvorstand.

18./19. November, Tübingen. *IMI-Kongress: Staat im Krieg – Krieg im Staat: Wie der neue Kolonialismus den Krieg nach Hause bringt.* Veranstaltungsort: Alten- und Begegnungsstätte Hirsch, Hirschgasse 9, Tübingen. Mit dem diesjährigen Kongress hat sich die Informationsstelle Militarisation e.V. zum Ziel gesetzt, Ursachen, Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen der Expansion des Militärischen in der Außen- und Innenpolitik zu analysieren. Dabei soll aufgezeigt werden, welche Auswirkungen der zunehmend militärisch abgesicherte Abschluss großer Teile der (Welt)Bevölkerung von politischen Entscheidungen, Rechten und gesellschaftlich produziertem Wohlstand hat. Diese Entwicklungen führen zu einem unerlösen äußeren Militarismus, ja sogar einer Wiederkehr kolonialer Ausbeutungs- und Hierarchiestrukturen. Hiermit wird die Welt in einen permanenten Ausnahme- und Kriegszustand versetzt, der wiederum die innere Verfasstheit der kriegführenden Staaten ändert.

27./28. November. Dresden. *CDU-Parteitag,* Wahl des Vorstands.

29. November. Berlin. *Wider die Tolerierung faschistischer Umtriebe.* Die Konferenz beschäftigt sich mit dem Verhältnis von deutschem Staat und Neofaschismus. Kompetente Referentinnen und Referenten setzen sich kritisch mit ausgewählten Aspekten staatlichen Handelns und der zugrundeliegenden politischen Haltung auseinander. Mit Dr. Ralf Feldmann (Richter am Bochumer Amtsgericht, angefragt): „Aktuelle juristische Probleme der Auseinandersetzung mit Neofaschismus“ • Dr. Rolf Gössner (Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte): „Das Dilemma der ‚wehrhaften Demokratie‘ am Beispiel Verfassungsschutz und NPD-Verbotsverfahren“ • Brigitte Pothmer (MdB Bündnis 90/Die Grünen): „Parlamentarische Initiativen gegen Rechts“ • Dr. Ulrich Schneider (Bundessprecher VVN-BdA): „Die staatliche Variante des Geschichtsrevisionismus“ • Frank Brendle (wissenschaftlicher Mitarbeiter von Ulla Jelpke): „Tradi-

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2007	Frühj.	Bremen	Land/Kom.	13.5.	4 Jahre
	Herbst	Bremerhaven	Kommunal		4 Jahre
2008	Frühj.	Hamburg	Land/Kom.		4 Jahre
	Frühj.	Hessen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Niedersachsen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Bayern	Kommunal		6 Jahre
	Frühj.	Schleswig-Holstein	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
2009	Frühj.	EU	Euro. Parl.		5 Jahre
	Frühj.	Bundesversamml.	Bundespräsid.		5 Jahre
	Frühj.	Baden-Württemb.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Rheinland-Pfalz	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Thüringen	Land/Kom.		5 Jahre
	Herbst	Bund	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	NRW	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Quellen: <http://www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html>

tions- und politisches Selbstverständnis der Bundeswehr“ • Bernhard Müller (Redakteur der Zeitschrift „Sozialismus“): „Der Staatsumbau und seine ideologischen Folgen“ 13 bis 18 Uhr, ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin. Eintritt: 5/3 Euro. Veranstalter: VVN-BdA, DRAFD, KFSR und Lagergemeinschaften, Rosa-Luxemburg-Stiftung.

1 bis 3. Dezember Köln. *Bundesdelegiertenkonferenz B90/Grüne.* Unter anderem Vorstandswahlen.

1./2. Dezember, Berlin. *12. Kongress Armut und Gesundheit* Präventionen für gesunde Lebenswelten – „Soziales Kapital“ als Investition in Gesundheit. Veranstalter: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Näheres: www.gesundheitliche-chancengleichheit.de